

KINDER, KINDER... WAS SICH IN DEN KOMMUNEN TUT

BEST-PRACTICE-MODELLE FÜR DIE STÄRKUNG VON KINDERN UND ELTERN
ELISABETH HOFFMANN



3		VORWORT	
5		EINLEITUNG	
8		AUSBAU VON ZUKUNFTSCHANCEN FÜR KINDER	
10		MITVERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN	
		■ <i>Beispiel „Kampagne Erziehung“ in Nürnberg</i>	11
16		PERSÖNLICHKEITSBILDUNG IN EINER KONSUM- UND MEDIENGESELLSCHAFT	
		■ <i>Beispiel „Musikschule für alle“ in Monheim</i>	17
		■ <i>Beispiel Musik-Hauptschule in Ruhstorf a.d. Rott</i>	19
23		GESUNDHEITSBEWUSSTES VERHALTEN IN BEQUEMEN LEBENSWELTEN	
		■ <i>Beispiel „Komm Bolzen“ in Köln</i>	24
		■ <i>Beispiel „Kiezdetektive“ im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg</i>	28
32		ERZIEHUNG ZUR BERUFSFÄHIGKEIT IM ZEITALTER VON „SUPERSTARS“	
		■ <i>Beispiel „futOUR“ in Berlin</i>	33
		■ <i>Beispiel Förderschule „Weißfrauenschule“ in Frankfurt</i>	36
		■ <i>Beispiel „Fahrradbude und Radstation“ in Bonn</i>	40
42		HEIMAT UND ZUGEHÖRIGKEIT SCHAFFEN	
44		EINE NEUE ZEITPOLITIK FÜR FAMILIEN	
		■ <i>Beispiel „Familiengerechtes Hanau“</i>	45
48		ISOLATION VORBEUGEN	
		■ <i>Beispiel „Hof-Eiche-24“ in Emsdetten</i>	49
52		WOHNEIGENTUM FÜR FAMILIEN IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT	
		■ <i>Beispiel Förderdatenbank der „Aktion pro Eigenheim“</i>	53
56		LITERATUR	

VORWORT



Familien stehen im Mittelpunkt demographischer und gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozesse. Diese zeigen sich beispielsweise in der Alterung der Bevölkerung, in niedrigen Geburtenzahlen sowie hohen Scheidungsquoten oder der Tatsache, dass Elternschaft nur noch eine Option unter anderen Lebensentwürfen ist.

Die tiefgreifenden Veränderungen bringen viele Unsicherheiten und Herausforderungen mit sich, für die keine tradierten, von einem gesellschaftlichen Mainstream getragenen Lösungen zur Verfügung stehen. Hierzu gehören beispielsweise die gestiegenen Anforderungen seitens der Arbeitswelt, zu denen für Eltern noch die Herausforderungen der Erziehung von Kindern in einer Medien- und Konsumgesellschaft sowie die mit Fürsorge verbundenen zeitlichen und finanziellen Pflichten hinzukommen. In der Konsequenz fühlt sich gegenwärtig eine steigende Zahl von Eltern (bis weit in die Mitte der Gesellschaft) bei der Aufgabe, die Zukunft ihres Kindes zu sichern, unter Druck gesetzt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat es sich zum Ziel gesetzt, an der Gestaltung einer guten Zukunft für Eltern und Kinder mitzuarbeiten.

Wie neueste Untersuchungen zeigen, wünschen Eltern sich stärkere Wertschätzung durch Gesellschaft und Politik sowie Akzeptanz und Anerkennung im persönlichen Umfeld. Auch ein kinder- und elternfreundliches Klima dort, wo Familien leben, steht ganz oben auf der Wunschliste. Als Ausdruck von Wertschätzung wünschen sie ein qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungssystem, eine familiengerechte öffentliche Zeitgestaltung, aber auch Unterstützung bei dem Bestreben, Wohneigentum und familienergänzende soziale Netze zu bilden. Gerade vor Ort kann Familienstärkung unmittelbar und partnerschaftlich von all denjenigen gestaltet werden, die Einfluss auf die Lebenssituation und das Lebensumfeld von Familien haben. Einige Kommunen haben sich bereits mit Erfolg auf diesen Weg gemacht. Mit dem zum zweiten Mal erscheinenden Best-Practice-Bericht „Kinder, Kinder...was sich in den Kommunen tut“ möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung anhand konkreter Beispiele

zeigen, wie Familien in zukunftsorientierten Kommunen in ihrem Lebensalltag gestärkt werden können. Der Best-Practice-Bericht stellt innovative und wirkungsvolle Konzepte vor, mit denen kompetente Akteurinnen und Akteure im Lebensumfeld von Familien elterliche Mitverantwortung übernehmen bzw. erfolgreich gestalten.

Der Bericht soll allen mit Verantwortung für Kinder, Jugendliche und Eltern in den Kommunen bei den Zielen helfen, „Zukunftschancen“ auszubauen und „Heimat und Zugehörigkeit“ zu schaffen, wie es auch die Leitlinien für familiengerechte Kommunen des neu gegründeten „Aktionsbündnis für Familienfreundlichkeit“ in NRW (2008) vorsehen.

Beim Ausbau der Zukunftschancen für Kinder und Jugendliche geht es um die Stärkung von Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, speziell in den zukunftsprägenden Bereichen Persönlichkeitsbildung, Gesundheit und Berufsorientierung. Dies ist zugleich die beste Prävention von sozialer Benachteiligung und Armut sowohl für jedes einzelne Kind, als auch für die Familien, die sie zukünftig gründen werden.

Das Ziel Heimat und Zugehörigkeit schaffen lenkt den Blick auf die Bedeutung des Wohnortes, an dem Familien zusammen leben. Hier geht es um die Schaffung familiengerechten Wohnraums, um Modelle einer sozialen Netzwerkbildung durch neue Wohn- und Lebensformen und um eine familiengerechte Zeitpolitik vor Ort.

In einer bundesweiten Recherche wurde exemplarisch nach Maßnahmen in Kommunen gesucht, in denen Lösungsansätze für die Stärkung von Familien bereits erfolgreich praktiziert werden, angefangen bei der „Kampagne Erziehung“ einer ganzen Stadt über die erfolgreiche Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern in Haupt- und Förderschulen bis hin zur familienbewussten Gestaltung von Zeittakten einer Stadt, der Einrichtung von Bolzplätzen und kostenlosem Fußballtraining für Kinder, der Beteiligung von Kindern an der Stadtteilgestaltung bis hin zu kommunalen Fördergeldern für den Erwerb von Wohneigentum durch junge Familien.

Michael Thielen
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



EINLEITUNG

FAMILIEN – LEBENSNERV VON KOMMUNEN

Die Leistungen von Familien sind wichtig für jedes Familienmitglied. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sind ebenfalls auf die Leistungen von Familien angewiesen. Kinder und ihre Eltern haben eine wichtige Bedeutung für Fortbestand und Weiterentwicklung von Kommunen. Wenn junge Menschen in Kommunen nicht mehr nachwachsen oder es Eltern und Kindern z. B. bedingt durch Erwerbslosigkeit, Integrations-schwierigkeiten und Schulproblemen nicht gut geht, hat dies spürbare Konsequenzen vor Ort, denn: Eine aktive, altersmäßig gemischte Bürgerschaft ist eine unentbehrliche Voraussetzung für das soziale und kulturelle Klima von Kommunen, die auch in ökonomischer Hinsicht durch Steuereinnahmen und Einnahmen aus Entgelten profitieren. Gegenläufige Entwicklungen, die sich in vielen Kommunen Ost-, aber zunehmend auch Westdeutschlands abzeichnen, treffen den Lebensnerv von Kommunen.

Bereits gegenwärtig zeigen sich insbesondere in ländlichen Regionen die Folgen von Alterung, Geburtenrückgang und Abwanderung. An vielen Orten sind Kindergärten und Grundschulen bereits geschlossen und die Aufrechterhaltung von Krankenhäusern sowie kulturellen Angeboten ist nicht mehr möglich. Bereits 2015 wird jede vierte Grundschule bundesweit vor der Schließung stehen, seit 1992/93 ist die Schülerzahl in den neuen Bundesländern um 45,5% zurückgegangen. Diese Entwicklung, die in den ostdeutschen Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt schon deutliche Spuren hinterlassen hat, beginnt nun auch in Nordhessen, Südniedersachsen und Oberfranken.

Ehemals attraktive Wohngebiete, in denen in den 1960er und 1970er Jahren viele Kinder lebten, sind in „Entmischungsprozessen“ zu Wohngebieten mit fast ausschließlich älteren und hochaltrigen Menschen geworden. Auch die zunehmenden Haushalte, in denen alleinstehende Menschen und Alleinerziehende leben, die oft familienähnliche soziale Netzwerke brauchen, sind eine neuere Herausforderung für Kommunen.

Kinder und junge Menschen sind ein Motor der lokalen Wirtschaft: Kinder brauchen Menschen, die ihnen beim Erwachsenwerden helfen. So werden Arbeits-

plätze geschaffen, von der Lehrerin bis zum Schulbusfahrer. Gelingende Schul- und Ausbildungsbiographien der jungen Generation sind die Voraussetzung dafür, dass die lokale Wirtschaft durch qualifizierte Fachkräfte und Konsumenten floriert. Zugleich tragen Erfolg in Schule, Ausbildung und Beruf der Menschen vor Ort wesentlich zu einem prosozial und kulturell gestaltetem Gemeinwesen bei, in dem Menschen gerne leben und demgegenüber jeder einzelne persönlich Bindung, Verantwortung und Kreativität entwickeln kann.

WIE KÖNNEN FAMILIEN AUF KOMMUNALER EBENE GESTÄRKT WERDEN?

Kommunen sind der unmittelbare Lebensraum von Familien und zugleich die staatlichen Institutionen mit dem engsten Bezug zum alltäglichen Leben jeder Familie. Sowohl Kommunen als auch alle familienrelevanten Funktionsträger vor Ort können zur Stärkung von Familien wesentliches beitragen. Gelingt dies, so ist die hohe Lebensqualität einer Kommune der Spiegel starker Familien, die weitere junge Menschen und auch Investoren an einen Standort bringen.

Die Best-Practice-Beispiele zeigen Gestaltungsmöglichkeiten von Kommunen und in Kommunen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie flexibel auf vielschichtige, aktuelle Bedürfnislagen von Eltern eingehen.

Die bayerische Stadt Nürnberg hat das Thema Erziehung zum Gegenstand einer intensiven Öffentlichkeitskampagne gemacht und ihm nachhaltig eine Schlüsselstellung in der kommunalen Politik eingeräumt. Hiervon profitieren die in der Stadt lebenden Eltern und Kinder.

Berlin (Friedrichshain-Kreuzberg) beteiligt in gezielten Aktionen Kinder („Kiezdetektive“), insbesondere auch mit Zuwanderungshintergrund, aktiv und wirkungsvoll an der Gestaltung eines gesundheitsbewussten Stadtteils.

Die Stadt Monheim (NRW) finanziert für alle Erstklässler kostenfreien Musikschulunterricht im Rahmen des Grundschulunterrichts, ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit und integrierter, friedlicher Nachbarschaften vor Ort.

Im hessischen Hanau hat sich die Stadt eine familien-gerechte Zeitpolitik auf die Fahnen geschrieben, in dem die Zeittakte des öffentlichen Lebens (z.B. Nahverkehr, Serviceeinrichtungen, Gesundheitsdienste etc.) an die Bedürfnisse von Menschen mit Fürsorgepflichtigen angepasst werden.

In Bonn engagiert sich die Stadt mit „Fahrradbude“ und „Radstation“ erfolgreich bei der Vorbereitung von Schulabbrechern auf den Einstieg in die Arbeitswelt.

Bundesweit fast 300 Kommunen steigern ihre Attraktivität für junge Familien, in dem sie diese beim Erwerb von Wohneigentum mit teilweise hohen Geldbeträgen (bis zu 20.000 Euro pro Familie) finanziell unterstützen. Diese Kommunen sind systematisch in der ständig aktualisierten Online-Datenbank der „Aktion Eigenheim“ aufgeführt.

Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, wenn es darum geht, in den für Kinder und Jugendliche so entscheidenden Institutionen der Betreuung und Bildung vor Ort flächendeckend qualitativ hochwertige Standards einzuführen. Hier werden Qualitätsstandards benötigt, einhergehend mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung von Kommunen zur Realisierung von Qualität. Auch der Entwurf neuer Wohn- und Lebensformen, die dem Strukturwandel unserer Gesellschaft Rechnung tragen, sind eine Herausforderung für Kommunen. Oft werden vor Ort hochkompetente Einzelpersonen und ihre Teams in den Institutionen zu Initiatoren von Qualitätsverbesserung und Innovation. Es sind kompetente Fachleute in Schulen und im sozialen sowie medizinischen Bereich, die auf Problem- und Notlagen von Kindern und Eltern stoßen. Diese Fachleute werden zu Innovationslokomotiven vor Ort und Kommunen reagieren nicht selten damit, dass sie den fahrenden Zug finanziell und organisatorisch unterstützen.

So zum Beispiel in der bayerischen Gemeinde Ruhstorf, wo der Direktor einer Hauptschule sich unermüdlich und überaus erfolgreich für die Persönlichkeitsbildung der (meist benachteiligten) Schülerschaft einsetzt, in dem er jedem Kind das Erlernen eines Instruments im Rahmen des Schulunterrichts ermöglicht. Die Kommune beteiligt sich hier finanziell und auch mit ideeller Unterstützung.

Ein Beispiel, wie eine Förderschule auch ohne kommunale Unterstützung, aber durch das Engagement eines außergewöhnlich engagierten Teams der Lehrerschaft, Perspektivlosigkeit in Chancen für Kinder und Jugendliche umwandelte, ist die Weißfrauenschule in Frankfurt. Mittlerweile ist die Quote der Schüler, die den Hauptschulabschluss schaffen, von 55 auf 100% gestiegen und die Quote der Vermittlung in Arbeit/Beruf stieg von unter 5% auf 50 bis 70%.

Hauptschüler in Berlin erhalten durch die Deutsche Studienstiftung und einen Großsponsor, aber auch mit organisatorischer Unterstützung der Stadt, die Gelegenheit, in „Sommercamps“ intensiv persönliche Qualitäten für die Berufsfindung zu entwickeln.

Das offensichtliche Fehlen von Freiräumen für sportliche Aktivität an frischer Luft in vielen benachteiligten Wohngebieten der Großstadt Köln veranlasst eine Juristin, in großangelegten und durch zahlreiche Sponsoren unterstützten ehrenamtlichen Aktionen, bisher zehn Bolzplätze herzurichten und dort wöchentlich regelmäßig ein Fußballtraining für Kinder und Jugendliche anzubieten („KIDsmiling“).

Ebenfalls durch intensives ehrenamtliches Engagement und mit Hilfe privater finanzieller Mittel ist in Emsdetten ein generationenübergreifendes Wohnprojekt entstanden („Hof-Eiche-24“), in dem Menschen (im Alter von 8 bis 82 Jahren) ihr Zusammenleben bewusst und aktiv gestalten.

QUALITÄTSKRITERIEN

Die Recherche der Projekte geschieht fachgerecht und unter Hinzuziehung von Experten zu den aktuellen, für Familien relevanten Themen. Die Auswahl der vorbildlichen Beispiele basiert auf der im Parenting-Konzept entwickelten Definition von Elternschaft. Demgemäß wird der Prozess der Erziehung bzw. Zukunftsgestaltung des Kindes maßgeblich von den biologischen Eltern bestimmt, aber es wird die Mitverantwortung „elterlicher Personen“ betont, die im Umfeld von Kindern und Eltern agieren, wie z.B. Verwandte, Nachbarn sowie pädagogische und medizinische Fachkräfte vor Ort.

Die ausgewählten Projekte und Initiativen entsprechen folgenden vier Auswahlkriterien:

Projektbeschreibung

- Vorlage eines schriftlichen Konzepts
- Kooperationsbereitschaft mit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Nachhaltigkeit und Übertragbarkeit

- Langfristig angelegtes Konzept sowie eine Finanzierung für mindestens zwei Jahre
- Personelle Kontinuität
- Überprüfbare Nachweise der Wirksamkeit (Evaluation)
- Übertragbarkeit der Arbeitsprinzipien auf andere Kommunen

Qualitätserneuerung

- Das Konzept ist auf aktuelle Bedürfnislagen bezogen und im nationalen wie internationalen Vergleich von hoher Qualität.
- Die Maßnahmen richten sich an mindestens zwei Generationen (Kinder/Jugendliche und Eltern).
- Die Partizipation der Betroffenen ist schon bei der Planung von Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen.
- Die Maßnahmen errichten und nutzen Kompetenznetzwerke.

Erreichbarkeit der Zielgruppe

- Innovative Strategien, um Zielgruppen tatsächlich zu erreichen

LITERATUR:

*Hoghugh, Masud/Long, Nicholas:
Handbook of Parenting, Theory and Research for Practice,
Sage, London, 2004.*

AUSBAU VON ZUKU FÜR KINDER ZUKUNFT

Aktuelle Studien zeigen, dass Eltern sich gegenwärtig in vielen Bereichen ihres Lebens unter Druck fühlen. Das betrifft auch die Erziehung von Kindern und Jugendlichen, eine Aufgabe, die bei vielen Eltern zunehmend Unsicherheit, das Gefühl der Überforderung und des Alleingelassenseins auslöst. Dies gilt umso mehr, da Erziehende in einer Medien- und Konsumgesellschaft tagtäglich vor neue, bis dato unbekannte Herausforderungen gestellt werden.

Unter der Vielzahl von Unterstützungsmöglichkeiten für Eltern, wie z.B. finanzieller Förderung oder Elternbildung, richten wir den Blick auf Maßnahmen, die durch die Übernahme von elterlicher Mitverantwortung für Kinder und Jugendliche Eltern vom Druck entlasten und sie damit stärken.

NFTSCHANCEN

SCHANCEN





MITVERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

„UM KINDER ZU ERZIEHEN, BENÖTIGT MAN
EIN GANZES DORF.“

Eltern in nahezu allen Milieus fühlen sich bei der Erziehung ihrer Kinder im Alltag allein gelassen. Auf der anderen Seite werden Eltern seitens Gesellschaft und Politik mit (zu Recht) hohen Erwartungen an ihre Erziehungsleistungen konfrontiert, beispielsweise hinsichtlich der Persönlichkeitsbildung, der Erziehung zu gesundheitsbewusstem Verhalten und der Erziehung zur Berufsfähigkeit.

An den Anfang des Berichtes stellen wir deshalb das (bundesweit einmalige) Beispiel einer Stadt, die öffentlich zeigt, dass sie Eltern mit ihren Erziehungsaufgaben als zentrales Thema kommunaler Politik wahrnimmt und Eltern nicht alleine lässt.



*„Am wichtigsten war uns, Erziehung unabhängig von konkreten Problemlagen zu thematisieren und Wertschätzung gegenüber Erziehenden aufzubauen.“
(Bernd Kammerer, Leiter der Abteilung Kinder- und Jugendarbeit im Jugendamt der Stadt Nürnberg und Leiter des Modellprojekts „Kampagne Erziehung“)*

MODELLPROJEKT „KAMPAGNE ERZIEHUNG“ NÜRNBERG (BAYERN)

AUSGANGSSITUATION

Die Erarbeitung eines Programms zur Suchtvorbeugung für Kleinkinder und die Debatten um den Anstieg von Delinquenz und Hilfen zur Erziehung mündeten im Nürnberger Jugendamt in der Erkenntnis: „Wir brauchen präventive und deutlich hörbare Botschaften im Bereich der Erziehung.“

Hinzu kam die Erkenntnis, dass die Bereitstellung von (in der Regel) reaktiven Jugendhilfeleistungen, wie z. B. Erziehungsbeistandschaft oder Heimerziehung, oft nicht die vom Gesetzgeber gewollte „Förderung der Erziehung in der Familie“ erfüllt. Im Paragraphen 16 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, Absatz 1 heißt es: „Müttern, Vätern, anderen Erziehungsberechtigten und jungen Menschen sollen Leistungen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie angeboten werden. Sie sollen dazu beitragen, dass Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können.“

Eine Befragung von Nürnberger Eltern (durch das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg, 2002) bezüglich des Informationsbedarfs über Erziehung ergab: Die Mehrheit der Eltern fühlt sich in Erziehungsfragen unsicher (nur 10% sind sich absolut sicher) und wünscht sich Informationen zu Familien- und Erziehungsfragen. Trotz, oder gerade wegen der Flut umfangreicher Erziehungsratgeber in den Buchläden wünschen sich die meisten Eltern knappe Informationsbroschüren. Das Internet kommt nur für eine Minderheit in Betracht. Nur 15% der Eltern nehmen an den Regelangeboten der Familienbildung in Nürnberg teil, die anderen halten die angebotenen Themen für nicht relevant.

All diese Erkenntnisse flossen in das Modellprojekt „Kampagne Erziehung“ ein, das in Zusammenarbeit der Fachabteilungen des Jugendamtes entstand. Es wurde als Modellprojekt in Trägerschaft des Jugendamtes vom 01.04.2001 bis zum 31.03.2004 umgesetzt. In der Folge wurden Kernelemente des Projektes, die sich bewährt hatten, in das Regelangebot von Stadt, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Institutionen für Bildung übernommen, und werden bis heute weiter entwickelt.

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Die „Kampagne Erziehung“ verfolgt das grundsätzliche Ziel, in der Stadt Nürnberg ein positives Erziehungsklima zu schaffen. Konkret geht es darum, Erziehung zu kommunizieren und alle, die Kinder erziehen, in ihrer Kompetenz zu fördern. Das Motto/Ziel der Kampagne „Stark durch Erziehung“ richtet sich an Erziehende und Kinder zugleich.

Zielgruppen sind:

- Familien mit normalen Erziehungsherausforderungen
- Familien mit besonderen Erziehungsherausforderungen
- Pädagogische Fachkräfte und Ausbildungsstätten für Pädagogik
- Ehrenamtlich Tätige z.B. in Sportvereinen, Jugendverbänden und Tagespflege
- Medien
- Nürnberger Bürgerinnen und Bürger
- Wirtschaft, Arbeitgeber
- Verantwortliche in Politik und Verwaltung

MABNAHMEN

Detailplanung

Die ersten neun Monate der Projektlaufzeit wurden darauf verwendet, detaillierte Ziele, Inhalte und Maßnahmen zu entwickeln. Dies geschah durch ein Projektteam, in dem alle für Erziehung relevanten Arbeitsbereiche repräsentiert waren (Familienbildung, Kindertagesbetreuung, Grund- und Hauptschulen, Sozialarbeit, Erzieherische und Krisen-Hilfen, Beratungsdienste, Kinder- und Jugendarbeit).

Zusammenarbeit mit Forschung und Wissenschaft

Wichtig für das Gelingen des Gesamtprojekts war die Zusammenarbeit des Projektteams mit dem Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb). Die Beiträge des ifb bestanden aus:

- Konzeption und Durchführung einer Elternbefragung in Nürnberg zu deren Informationsbedarf und Mediennutzung
- Kommentierte Literaturempfehlungen für das Modellprojekt
- Expertise „Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Familie heute“
- Bestandsaufnahme des „Erziehungsmarktes“ in Nürnberg und Aufbereitung der vorhandenen Beratungs- und Hilfeangebote der unterschiedlichen Träger und Einrichtungen in einer Informations-Broschüre für Eltern.

Projekt-Kern

Informationskampagne zum Thema Erziehung. Inhalt ist die Vermittlung von Wissen als Orientierungswissen zu den vorhandenen Informations-, Beratungs- und Hilfsangeboten und als Handlungswissen zur Lösung akuter Erziehungsprobleme. Die Wissensvermittlung geschah zum einen durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und zum anderen durch die Verbesserung von Angeboten für Eltern und andere Erziehende.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Entwurf einer Strategie für Öffentlichkeitsarbeit nach Vorbild kommerzieller Werbung mit prägnanten Texten und Bildern (Werbeagentur)

Die Kernbotschaften im 8-Punkte-Katalog „Acht Sachen, die Erziehung stark machen“, zu denen es je ein passendes Bildmotiv gibt und die auf ein bis anderthalb DIN A4-Seiten erläutert werden, lauten:

- Erziehung ist...Liebe schenken.
- Erziehung ist...streiten dürfen.
- Erziehung ist...zuhören können.
- Erziehung ist...Grenzen setzen.
- Erziehung ist...Freiraum geben.
- Erziehung ist...Gefühle zeigen.
- Erziehung ist...Zeit haben.
- Erziehung ist...Mut machen.

Publik gemacht wurden die Kernbotschaften durch den kombinierten Einsatz unterschiedlicher Medien:

- Broschüren (kostenlose Verteilung)
- Plakate an Werbeflächen etc.
- Postkarten
- Flyer
- Aufkleber
- Bastelbögen

Orte, in denen die Medien verfügbar waren bzw. sind: Entbindungskliniken, Kinderarzt- und therapeutische Praxen, Post, Sparkassen, Hotels, Sportvereine, Kitas, Grund- und Hauptschulen, im Rahmen der Kontakte des Allgemeinen Sozialdienstes, Erzieherische Hilfen, Familienbildungsstätten

Anzeigenaktion in den „Nürnberger Nachrichten“ (von Oktober bis Dezember 2002)

Ratgeberserie „Stark durch Erziehung“ in den „Nürnberger Nachrichten“: Über den Zeitraum von einem Jahr wurde eine 15-teilige Artikelserie mit Schwerpunktthemen zur Erziehung veröffentlicht.

VERBESSERUNG DER ANGEBOTE FÜR ELTERN UND ERZIEHENDE

Themenabende für Eltern in Nürnberger Kindertagesstätten zu den Schwerpunktthemen der Kampagne ergänzen den Einsatz der Massenmedien durch Angebote zur persönlichen Kommunikation; Referenten/-innen werden durch das Projektteam vermittelt und finanziert. Die Themenabende bestehen nicht nur aus Vorträgen, sondern es wird auch auf den Einsatz von visuellen Medien, Partnerübungen und Kleingruppenarbeit Wert gelegt.

Offenes Beratungsangebot zu Erziehungsfragen für Eltern und andere Erziehende an Orten, die Eltern schon vertraut sind, wie z.B. Kindertagesstätten und Horte. So findet beispielsweise in einer Nürnberger

Leitmotiv der Kampagne:
„Acht Sachen, die Erziehung
stark machen.“



Kita einmal im Monat (immer mittwochs, von 14.30 bis 16.00 Uhr) bis heute eine Offene Gesprächsrunde für Eltern von Kindern im Vorschulalter statt (Leitung: Diplom-Psychologin).

Broschüre „Rat und Hilfe zu Erziehungsfragen“ mit Adressenliste aller lokalen Beratungsstellen: Zusammenfassung von Adressen aller relevanten Träger, Stellen, Initiativen und Angebote, die Eltern Informations-, Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsleistungen zur Verfügung stellen.

„Niemand kann und soll eine „Erziehungsmaschine“ sein. Der perfekte Vater oder die unfehlbare Mutter sind sogar eher ein Albtraum für die Kinder. Daher wünschen wir am Ende Mut zur nicht perfekten Familie. Wohl alle Eltern kommen hin und wieder an ihre Grenzen. Dann brauchen sie jemanden, der ihnen zuhört, Mut macht und Freiraum gibt.“ (Ankündigung des RAT & HILFE-TELEFONS der Stadt Nürnberg) RAT & HILFE-TELEFON für Eltern, an fünf Tagen in der Woche von 12.00 bis 14.00 Uhr erreichbar.

Veranstaltung eines jährlichen „Familienbildungstages“ für alle Eltern und andere Erziehende Nürnbergs mit wechselnden Schwerpunktthemen: „Rücksicht, Toleranz, Höflichkeit – Welche Werte brauchen Kinder heute?“ (2007); „Gefühle zeigen – stark sein! Typisch männlich, typisch weiblich!“ (2008)

Präventive Trainingsprogramme zur Unterstützung der Erziehung von Kindern („Triple P“ und „Starke Eltern – Starke Kinder“).

Angebote für besondere Zielgruppen: Gruppenangebote für Eltern von Kindern mit ADS-Problematik, Elternkurse „Schwierige Kinder“, Angebote für Eltern von Kindern mit Behinderungen, für Mütter mit Suchtproblematik und ihre Kinder und für Mütter, deren Männer inhaftiert sind.

Qualitätserneuerung und Vernetzung professioneller Angebote im Bereich Erziehung

Bereits bei der Detailplanung der Kampagne im ersten Teil des Projekts wurde mit dem Aufbau des Projektteams der Grundstein für ein trägerübergreifendes, bis heute funktionierendes Netzwerk erziehungsrelevanter Akteure in Nürnberg gelegt. Bei der Projektentwicklung fanden sich sechs Kooperationsbereiche zusammen, die sich in den folgenden Jahren festigten und mittlerweile ca. 200 Partner umfassen. Kooperationsbereiche sind: Bezirkssozialarbeit/erzieherische Hilfen und Krisenhilfen – Kindertagesbetreuung – Familienbildung – Schule und Jugendsozialarbeit – Erziehungsberatung – Kinder- und Jugendarbeit.

Die Bediensteten freier und öffentlicher Träger entwickeln Qualifizierungsprogramme mit Themen, die ihnen bei ihrer beruflichen Arbeit hilfreich sind. Beispiele sind Fortbildungen für Erzieherinnen und Grundschullehrer/-innen z.B. zu folgenden Themen: „Begegnung mit Eltern“, „Beratung bei Erziehungsfragen“, Fortbildungen zu den Themen „Essstörungen“, „ADHS-Syndrom“, „Erziehungsberatung“, die Moderation eines Elternabends über den 8-Punkte-Katalog „Stark durch Erziehung“ für das Fachpersonal in Grund- und Hauptschulen sowie Kindergärten oder Unterrichtseinheiten für Grundschulen zu den Themen „Zuhören können“, „Gefühle zeigen“, „Streiten dürfen“.

Sechs Fortbildungen pro Jahr für pädagogische Fachkräfte (trägerübergreifend) von Kindertageseinrichtungen. Beispiele für Themen: Elternarbeit – Persönlichkeitsstärkung – Beratung bei Erziehungsfragen – Konsum.

ROLLE DER KOMMUNE

Das Jugendamt als Projektträger ist Teil der Kommune, war aber zugleich auch auf die Zustimmung und Unterstützung des Nürnberger Jugendhilfeausschusses angewiesen, die auch erfolgten. Auch das Personal des Projektes wurde bzw. wird von der Stadt gestellt. Die Kampagne Erziehung war bzw. ist der Abteilung Kinder- und Jugendarbeit im Jugendamt zugeordnet, die Projektleitung lag bei dem Sachgebietsleiter Präventive Jugendhilfe. Zwei Projektkoordinatorinnenstellen (Diplom-Sozialpädagoginnen) wurden neu geschaffen und bestehen bis heute, eine weitere sozialpädagogische Fachkraft wurde an die Kampagne Erziehung abgeordnet und eine ebenfalls von der Kommune angestellte Verwaltungskraft für das Projekt abgestellt.

Schon hieran zeigt sich, dass der politische Wille der Kommune eine unverzichtbare Voraussetzung für das Zustandekommen des Projektes war und maßgeblich für die Implementierung und Weiterentwicklung der Projektergebnisse ist.

FINANZIERUNG

Während die Stadt die Personalkosten trug bzw. trägt, förderte das Bayerische Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Frauen und Familie die „Kampagne Erziehung“ für drei Jahre mit 150.000 Euro pro Jahr.

Nach Beendigung der Modellphase (2004) wird die Implementierung zentraler Maßnahmen der Kampagne Erziehung mit 20.000 Euro jährlich durch das Ministerium unterstützt, das Personal stellt die Stadt: Die hauptverantwortliche Koordination erziehungsrelevanter Maßnahmen liegt bei dem Leiter der Abteilung Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes Nürnberg, die beiden Projektkoordinatorinnenstellen bleiben weiterhin zur Koordination und Implementierung der aus dem Projekt erwachsenen Netzwerke und Angebote an Eltern und Erziehende bestehen.

WIRKSAMKEIT UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

In einer Befragung von Eltern und Fachkräften der Jugendhilfe bezüglich der Wahrnehmung der Öffentlichkeitskampagne, die ein Jahr nach Beginn der aktiven Projektphase durchgeführt wurde, gaben ein Drittel an, die Plakate auf den Reklametafeln öffentlicher Gebäude wahrgenommen zu haben, ein Viertel hatte die Postkartenserie in Cafés, Restaurants und Hotels zur Kenntnis genommen (Durchführung der Befragung: Evangelische Fachhochschule Nürnberg).

Der 8-Punkte-Katalog zur Erziehung stieß während der Projektphase auf große Resonanz von Fachleuten (Kitas, Schulen) und von Eltern. Uneingeschränkte Zustimmung fand der Ansatz, Erziehung zu thematisieren, bevor es zu konkreten und schwierigen Krisen kommt. Die Broschüren mit den Erziehungsleitlinien, die immer noch nachgefragt werden, gibt es mittlerweile in 15 weiteren Sprachen, darunter albanisch, persisch und tamilisch.

Der im Modellprojekt eingeführte „Nürnberger Familienbildungstag“, zu dem einmal im Jahr Eltern und Fachpersonal eingeladen werden, ist zur festen Einrichtung geworden und zieht konstant 250 bis 300 Teilnehmer/-innen an.

Die Elternkurse zur Erziehung erfreuen sich seit dem Modellprojekt reger Nachfrage, dies gilt vor allem auch für die Angebote an spezielle Zielgruppen.

Das RAT & HILFE-TELEFON ist ebenfalls in das reguläre Angebot aufgenommen worden, wobei die Inanspruchnahme sich als abhängig von der Bewerbung durch Massenmedien (Zeitung, Radio) erweist. Seit Ende der Modellprojektphase erfolgt die mediale Begleitung nur noch sporadisch und die Auslastung der Hotline ist gesunken.

Es ist das Verdienst des Modellprojektes, in der Jugendhilfe nachhaltig eine institutionalisierte Zentrale etabliert zu haben, von der aus Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung koordiniert und gebündelt werden.

Ein weiteres wertvolles Ergebnis der Kampagne ist die Entwicklung und Implementierung eines Fachkompetenznetzwerkes sowohl in den einzelnen Fachbereichen als auch zwischen diesen. Beispiele sind die sechs jährlichen, trägerübergreifenden Fortbildungen für Erzieherinnen, die sehr rege nachgefragt werden, Fortbildungen zur interkulturellen Elternarbeit für Fachpersonal in Kitas und Schulen oder der Austausch von gelungenen Unterrichtskonzepten, beispielsweise zur Gewaltprävention am „Runden Tisch“ von Lehrerinnen und Lehrern.

Insgesamt werden nun Ressourcen trägerübergreifend intensiver genutzt und auch die Absprache von Angeboten und Aufteilung von Aufgaben kommt Eltern und Erziehenden zugute.

Wie der Jugendamtsleiter feststellt, gehört zu den positiven und nachhaltigen Wirkungen der Kampagne aber auch ein spürbarer Motivationsschub innerhalb der beteiligten Einrichtungen des Jugendamtes: Nach



anfänglichem Widerstand gegen Mehrarbeit und Hinterfragung des Gewohnten wuchs die Zustimmung, da der Erfolg der Kampagne bei der Arbeit des Jugendamtes deutlich spürbar wurde: Elternkurse und weitere Angebote wurden viel lebhafter als vorher nachgefragt.

Einen weiteren positiven Nebeneffekt der Informationskampagne wurde am Ende des Modellprojektes durch die Evangelische Fachhochschule für Sozialwesen in Nürnberg festgestellt, die sich mit der Frage beschäftigte, ob sich die „Kampagne Erziehung“ auf andere Kommunen übertragen lässt: Das Jugendamt schaffte es mit Hilfe der Kampagne, der Bevölkerung in Nürnberg ein positives Bild von der eigenen Arbeit zu vermitteln im Gegensatz zu dem häufig zu findenden Negativ-Image von Jugendämtern, die in der öffentlichen Wahrnehmung erst dann tätig werden, wenn eine Katastrophe passiert ist.

ARBEITSPRINZIPIEN

- Qualitätserneuerung von Jugendamt und familienrelevanter Einrichtungen rund um das Thema Erziehung
- Aufbau von Kompetenznetzwerken
- Nutzung von Massenmedien und professionellen Werbestrategien
- Ansätze von Partizipation der Betroffenen schon bei Konzeption des Modellprojektes (Nürnberger Elternbefragung)
- Ansätze von Evaluation
- Nachhaltigkeit durch Implementierung von im Modellprojekt bewährten Maßnahmen in die Regelangebote und Regelstrukturen von Jugendamt und Einrichtungen öffentlicher und freier Träger

HÜRDEN

- Die Projektdurchführung und auch die Implementierung und Weiterentwicklung bewährter Maßnahmen erfordern viel Personal.
- Das Modellprojekt hatte eine hohe Anschubfinanzierung.
- Die Evaluation der Wirksamkeit für Familien ist bisher eine Schwachstelle.

LITERATUR

Kammerer, Bernd (Hrsg.): Kampagne Erziehung: Ein Modellprojekt. Neue Produkte, Konzepte und Vernetzungsstrategien. Abschlussdokumentation. Nürnberg: emwe-Verlag Nürnberg, 2004.

Rupp, Marina: Beratungsbedarf und Informationsstrategien im Erziehungsalltag. Die Nürnberger Elternbefragung und die Konsequenzen für die Familienbildung, in: Kammerer, Bernd (Hrsg.): Kampagne Erziehung: Ein Modellprojekt. Neue Produkte, Konzepte und Vernetzungsstrategien. Abschlussdokumentation. Nürnberg: emwe-Verlag Nürnberg, 2004.

Kontakt:

Kampagne Erziehung
Stadt Nürnberg
Bernd Kammerer, Projektleitung
Dietzstraße 4
90443 Nürnberg

Telefon: 0911 231 2298

E-Mail: kampagne-erziehung@stadt-nuernberg.de



PERSÖNLICHKEITSBILDUNG

IN EINER KONSUM- UND MEDIENGESELLSCHAFT

„SHOPPEN UND PC-SPIELE ALS BELIEBTESTE FREIZEITAKTIVITÄT“

Eltern in nahezu allen Milieus fühlen sich bei der Erziehung ihrer Kinder im Alltag allein gelassen. Auf der anderen Seite werden Eltern seitens Gesellschaft und Politik mit (zu Recht) hohen Erwartungen an ihre Erziehungsleistungen konfrontiert, beispielsweise hinsichtlich der Persönlichkeitsausbildung, der Erziehung zu gesundheitsbewussten Verhalten und der Erziehung zur Berufsfähigkeit. In puncto Persönlichkeitsbildung sehen sich Eltern nicht nur allein, sondern stehen dem übermächtigen, schwer kontrollierbaren Einfluss der elektronischen Medien ratlos gegenüber. Gleichzeitig möchten sie die Erziehung des Kindes nicht den Medien überlassen.

Viele Eltern wissen um die prägende Rolle von Musik und Musizieren, nicht nur für die intellektuelle Förderung eines Kindes, sondern auch hinsichtlich persönlicher Qualitäten wie Disziplin, Kreativität und sozialer Kompetenz (zuhören, sich einordnen und führen) (Gauger und Wilske, 2008). Allerdings hat der Zugang zur Musik insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Milieus eher passiven Charakter, nur wenige können aktive Musikerfahrung im Umgang mit Instrumenten oder mit Tanz und Gesang sammeln. Eltern, die die Persönlichkeit ihres Kindes durch Musik formen möchten, brauchen für die musikalische Ausbildung ihres Kindes genügend Kenntnisse, Geld und auch Zeit. Finde ich geeigneten Musikunterricht in Wohnortnähe, verfüge ich über Zeit und Transportmittel um mein Kind zum Unterricht zu bringen, kann ich den Unterricht bezahlen? Dies sind Fragen, die viele Eltern nur mit Nein beantworten können. Das ist umso bedauerlicher, da Musikunterricht, Noten und Instrumente nicht zur Grundversorgung unseres Bildungssystems gehören. Trotz anderslautender Lehrpläne wird das Schulfach Musik häufig nicht oder fachfremd unterrichtet, schon in der Grundschule fallen bundesweit über drei Viertel des geplanten Musikunterrichts aus.

Auch werden die finanziellen Hürden für eine musikalische Ausbildung immer höher: Für privaten Musikunterricht beträgt die günstigste Variante 80 Euro pro Monat (für eine wöchentliche Unterrichtsstunde von 45 Minuten, Ferienzeiten werden durchbezahlt). In den Musikschulen, insbesondere in den alten Bundesländern, nehmen die Anteile kommunaler und Landesmittel an der Finanzierung der Unterrichtsgebühren stetig ab. War das Verhältnis von öffentlichen Mitteln zum Eigenanteil der Eltern 1993 noch 2:1, so beträgt es seit 2006 eins zu eins, d. h. Eltern tragen 50% der Unterrichtsgebühren statt einem Drittel (Statistisches Jahrbuch der Musikschulen in Deutschland, 2007). Auch Geschwisterermäßigungen werden in vielen Kommunen gestrichen.

Wie wirkungsvoll Eltern z. B. durch Schulen bei der Persönlichkeitsbildung von Kindern geholfen werden kann verdeutlichen zwei Beispiele des Best-Practice-Berichtes.



„Wir wollen durch unser kulturpädagogisches Handeln einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in dieser Stadt erbringen und richten daher unsere Angebote konsequent an deren Bedürfnissen aus.“

(Georg Thomanek, Leiter der Musikschule Monheim am Rhein)

„MUSIKSCHULE FÜR ALLE“ MONHEIM (NORDRHEIN-WESTFALEN)

AUSGANGSSITUATION

Gemessen an der nachgewiesenen positiven Wirkung des Musizierens für die Entwicklung kognitiver, sozialer und emotionaler Fähigkeiten von Kindern ist der Bundesdurchschnitt von Grundschulkindern, die eine Musikschule besuchen, mit ca. 10% erstaunlich niedrig. Auch im Regelunterricht der Grundschule spielt Musik keine große Rolle, in keinem anderen Fach gibt es so hohe Unterrichtsausfallquoten oder fachfremd erteilten Unterricht.

In der Stadt Monheim (knapp 44.000 Einwohner) suchten die städtische Musikschule und die Grundschulen nach einer Möglichkeit, jedem Kind den Zugang zum Erlernen eines Instruments zu ermöglichen. Nach einer einjährigen Testphase in einer Grundschule Monheims (2005) erhalten seit dem Schuljahr 2006/2007 die Kinder in der ersten Klasse aller sieben Monheimer Grundschulen kostenfreien Unterricht zur Heranführung an ein Instrument. Die Koordination liegt beim Leitungsteam der städtischen Musikschule.

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Ziel ist eine für die Stadt flächendeckende musikalische Grundausbildung von Schulkindern aus allen Schichten der Bevölkerung. Detailziel ist, die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder Monheims zu fördern. Weiterhin sollen mit dem möglichst frühen Beginn von Instrumentalunterricht, spätestens mit Beginn des Grundschulalters, die positiven Effekte von Musik und Musizieren für die Lernentwicklung von Kindern zur Wirkung kommen.

Die Einbindung von Instrumentalunterricht in die Grundschule soll Eltern von dem mit Musikunterricht

verbundenen finanziellen und organisatorischen Aufwand entlasten. Zielgruppe sind die Kinder aller Grundschulen Monheims.

MAßNAHMEN

Kooperation Grund- und Musikschule

Wichtigstes Standbein ist die Kooperation der Monheimer Grundschulen mit der städtischen Musikschule: Alle angestellten Musikschullehrkräfte der Musikschule sind aktiv in das Projekt eingebunden.

Kostenfreier Musikschulunterricht für alle Erstklässler

In der ersten Klasse der Monheimer Grundschulen wird pro Klasse in der Kernunterrichtszeit eine wöchentliche Schulstunde kostenloser Musikschulunterricht gegeben. Die Klassen werden hierzu halbiert. Inhalt des ersten Jahres ist eine musikalische Grundausbildung mit dem Schwerpunkt „Instrumentenkarussell“. Es wird den Kindern ermöglicht, praktische Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Instrumentenarten zu sammeln und ihre Eignung für ein Instrument herauszufinden. Hierzu sind in jeder Schule 70 bis 80 Instrumente angeschafft worden. Am Ende des ersten Jahres findet in jeder Grundschule eine Aufführung statt, in der die Kinder ihre erworbenen Fähigkeiten vorführen können (in Sing- und Spielgruppen).

Erlernen eines Instrumentes ab Klasse 2

Im zweiten bis vierten Grundschuljahr wird auf kostenlosen Leihinstrumenten Instrumentalunterricht für Gruppen von drei bis sieben Kindern in den Grundschulen angeboten (jeweils 45 Minuten am frühen Nachmittag). Das monatliche Entgelt für die Eltern beträgt mit 23 Euro weit weniger als eine übliche Musikschulgebühr. Bei Kindern aus Familien mit geringen finanziellen Ressourcen

gibt es Ermäßigungen bis zu 80%, in seltenen Fällen werden die Gebühren ganz erlassen. Insgesamt nehmen ca. 10% der Kinder Ermäßigungen in Anspruch.

Ab der dritten Klasse wird für die Instrumentalschüler in jeder Grundschule ein Orchester eingerichtet.

Qualifizierung für Musikschullehrkräfte

Für den Instrumentalunterricht bei den Erstklässlern wurde in Zusammenarbeit mit der Musikhochschule Köln ein Fortbildungskonzept für Instrumentalpädagoginnen und -pädagogen, die an Grundschulen unterrichten, entwickelt. Hier finden sich bis ins Detail ausgearbeitete Stundenentwürfe für alle Unterrichtsstunden des ersten Schuljahres.

ROLLE DER KOMMUNE

Der Erfolg der ersten beiden Jahre des Projektes ist so überzeugend (vgl. Kap. Wirksamkeit), dass die Stadt Monheim ab dem Schuljahr 2008/2009 das Projekt nach Auslaufen der Landesmittel finanziert. Es wird als „Investition in die Zukunft von Kindern, Eltern und der Stadtgemeinde gesehen“ (Georg Thomanek).

Diese Akzentsetzung geschieht, obwohl die Stadt längere Zeit einen Nothaushalt hatte und 2008 noch freiwillig ein Haushaltssicherungskonzept befolgt.

FINANZIERUNG

Die ersten zwei Jahre förderte das Land NRW den kostenfreien Musikschulunterricht der 400 Erstklässler Monheims, der mit 75.000 Euro für Honorare und Fortbildung zu Buche schlug. Nach den Sommerferien 2008 fördert die Kommune den flächendeckenden Musikschulunterricht jährlich mit 50.000 Euro. Ab dem 2. Schuljahr trägt sich der Unterricht durch die Elternbeiträge für den Gruppenunterricht. Der Investitionsbedarf für alle Instrumente (ca. 1.000 an der Zahl) umfasst 100.000 bis 120.000 Euro. Hier konnten die stadtnahe Sparkassenstiftung und weitere Großsponsoren gewonnen werden.

WIRKSAMKEIT UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Der Musikschulunterricht erreicht im ersten Jahr der Grundschulzeit 100% der Kinder Monheims.

Zu Beginn der zweiten Klasse sind 50% der Kinder so motiviert, dass sie mit dem Unterricht eines ausgewählten Instruments beginnen und auch dabei bleiben. Selbst in der Grundschule in einem sozialen Brennpunkt bleiben 30% bei dem Instrumentalunterricht der zweiten und dritten Klasse. „Die Kinder sind

von den echten Instrumenten so begeistert, dass Disziplinprobleme in den Hintergrund treten“ (Marlo Strauß, Lehrer an der Hermann-Gmeiner-Grundschule, Monheim). Die Kinder empfinden den Instrumentalunterricht häufig als Höhepunkt der Woche.

Es zeigt sich, dass Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen genauso begabt sind wie andere Kinder. Erstaunlich sind die durchweg guten musikalischen Leistungen der Kinder und auch das Entdecken von echten Talenten, die dann einzeln außerhalb der Gruppe gefördert werden.

Seit August 2007 hat eine wissenschaftliche Begleitforschung des Projekts (Uni Siegen) begonnen, deren Ergebnisse 2009 veröffentlicht werden. Zu den Methoden gehören unter anderem eine Eltern- und eine Lehrerbefragung die zeigt, dass Eltern sich durch das Projekt von der mühseligen allwöchentlichen Organisation des Musikschulunterrichtes entlastet sehen. Für einige Eltern spielt auch der finanzielle Aspekt eine erhebliche Rolle: Ohne den kostenfreien Einstiegsunterricht wären sie nicht auf die Idee des Instrumentenunterrichts gekommen.

ARBEITSPRINZIPIEN

- Kooperation und Vernetzung
- Qualitätsverbesserung Grundschule
- Entlastung von Eltern
- Prävention sozialer Ausgrenzung
- Evaluation

HÜRDEN

Ungewöhnliche Akzentsetzung, insbesondere bei knappen Finanzen, Frage der Nachhaltigkeit bei Wechsel kommunaler Führungspersönlichkeiten

LITERATUR

Zarius, Karl-Heinz, Thomanek, Georg, Sommerbild, Jörg (Hrsg.): Monheimer Modell Musikschule für Alle! Strukturkonzept, Unterrichtsmaterial, Planungshilfen. Monheim: Stadt Monheim, 2008.

Kontakt:

Georg Thomanek
Leiter der Musikschule Monheim am Rhein
Bildung und Kultur
Tempelhofer Straße 11
40789 Monheim am Rhein

Telefon: 02173 951711
E-Mail: gthomanek@monheim.de



*„Unsere Eltern sind nicht so zahlungskräftig. Wir wollen unseren Kindern aber trotzdem Exklusivität bieten.“
(Josef Bertl, Rektor)*

MUSIK-HAUPTSCHULE RUHSTORF A. D. ROTT BAYERN

AUSGANGSSITUATION

Die Hauptschule der Gemeinde Ruhstorf a. d. Rott in Bayern (7.500 Einwohner) wird von vielen Schülern und Schülerinnen besucht, deren Eltern in schwierigen Lebenssituationen stehen: Unter ihnen sind zahlreiche Hartz IV-Empfänger und alleinerziehende Eltern (bei jedem dritten Kind).

Das mit Hauptschulen (auch in Bayern) oft verbundene Negativimage gefährdet das Selbstwertgefühl von Kindern (und Eltern). Während Musik-Gymnasien keine Seltenheit sind, ist eine musische Schwerpunktsetzung bei einer Hauptschule ungewöhnlich. Nach einem fünfjährigen Dialog zwischen der Schule in Ruhstorf und dem bayerischen Kultusministerium erhielt die Hauptschule 2003 den Titel „Musikhauptschule“ und damit auch finanzielle Unterstützung durch das Kultusministerium. Die Förderung musischer Fähigkeiten in der Schule ist gerade auch für die Schülerinnen und Schüler von Hauptschulen wichtig, da die Eltern dies oft nicht zu leisten vermögen.

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Übergeordnetes Ziel der Musikhauptschule ist es, die Eltern bei der Persönlichkeitsbildung ihres Kindes zu unterstützen. Musik und Kunst, aber auch Sport sollen die Qualitäten, die verborgen im Kind liegen, herauslocken. Bei Kindern, deren Eltern zu einer Förderung dieser Qualitäten nicht in der Lage sind, sieht die Schule sich in elterlicher Mitverantwortung. Zu den Zielen gehört auch, der Medienverwahrlosung entgegenzutreten, indem Schule konkrete Impulse für die Freizeitgestaltung gibt.

Wichtigste Detailziele sind:

- Jedem Kind eine Stunde Musik am Tag zu ermöglichen (Motto: „Jedem Kind sein Instrument“)
- Der Aufbau von Selbstwertgefühl beim Kind („Ich leiste etwas für andere“) und bei den Eltern („Mein Kind steht auf der Bühne“)

Zielgruppen sind die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Ruhstorf. Des Weiteren gehört die Bürgerschaft von Ruhstorf und den umliegenden Gemeinden dazu, deren Leben durch die vielfältigen musikalischen Beiträge bereichert wird.

MAßNAHMEN

Im Mittelpunkt der Maßnahmen steht die Absicht, über „das Erreichen der Seele des Kindes“ die kognitive, soziale und emotionale Entwicklung zu fördern. Die Erfahrungen zeigen, dass die Gelegenheit zum Praktizieren von Musik, aber auch künstlerischem Gestalten und Sport, die schulischen Leistungen deutlich verbessert (vgl. Kap. Wirksamkeit). Die Schule verfügt beispielsweise auch über zwei Computerräume mit insgesamt 35 Arbeitsplätzen und erteilt nicht nur mehr Musikunterrichtsstunden, sondern auch mehr Unterrichtsstunden im Umgang mit Computern (Bedienung von Programmen wie Word und Excel in Kooperation mit dem Mathematik- und Informatikunterricht) als jede andere Schulart in Bayern.



MUSIZIEREN, TANZ, THEATERSPIEL IN DER GRUNDSCHULE

Schon in der Grundschule, die sich im gleichen Gebäude wie die Hauptschule befindet, erhalten die Kinder seit über 30 Jahren erweiterten/zusätzlichen Musikunterricht in Form einer Stunde Blockflötenunterricht pro Woche. Ab der 3. Klasse kommt noch eine Stunde Chorgesang oder „Kreativ“ (Tanz, Szenische Darstellung, Instrumentenspiel) hinzu.

Instrumentalunterricht während der Kernunterrichtszeit

Die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule (5. bis 9. Klasse) erhalten wöchentlich in der vormittäglichen Kernunterrichtszeit zwei Stunden Musikunterricht und zwei Stunden Instrumentalunterricht in kleinen Gruppen. Die Eignung der Kinder für ein Instrument (u. a. Klarinette, Saxophon, Querflöte, Gitarre, Akkordeon, Trompete, Posaune, Sopran- und Altblockflöte) wird zuvor sorgfältig geprüft. Am frühen Nachmittag besteht dann die Wahl zwischen Chor oder Ensemblespiel, so dass jedes Kind auf fünf Stunden Musik in der Woche kommt, wenn es sich für den Musikzweig entscheidet.

Kooperation zwischen Hauptschule und Kreismusikschule

Eine Säule der erfolgreichen Arbeit ist die langjährige enge Kooperation zwischen Hauptschule und Kreismusikschule in Passau. Fünf Lehrkräfte der Musikschule kommen vormittags zum Unterricht der Fächer Saxophon, Gitarre, Querflöte und Klarinette in die Hauptschule.

Grenzüberschreitende Kooperation

Das Profil der Hauptschule ist bereits das Ergebnis des Lernens von Best Practice aus dem benachbarten Österreich, wo Musikhauptschulen weit verbreitet sind. Seit 1996 besteht eine enge Partnerschaft und Kooperation mit der Musikhauptschule im österreichischen Schärding und seit 1999 eine zweite Partnerschaft mit einer musisch orientierten Mittelschule in Meran (Italien).

„Theater live“

Im Zweijahresrhythmus inszenieren ca. 150 Schülerinnen und Schüler aller drei Schulen zusammen unter dem Motto „Theater live“ ein großes Werk. Im Jahr 2008 war es das Musical „Das silberne Segel“ (als siebtes Kooperationsprojekt), das vor 3.000 Zuschauern in Meran aufgeführt wurde. Das Musical wurde zunächst dezentral in den jeweiligen Schulen mit verteilten Aufgaben einstudiert: Hierzu gehören intensive Stimm- und Sprecherziehung, Tanz sowie darstellendes Spiel. Knapp eine Woche wurde das Musical in Meran gemeinsam geprobt. Durch den Einsatz von Sponsorenbeiträgen entfallen auf die Eltern jedes Kindes insgesamt nur 50 Euro Kosten für die gesamte Reise und Aufenthalt in Meran, wo die Schüler bei Gastfamilien wohnen.

Hauptschülerinnen und Hauptschüler als lokale und regionale Stars

Die Musikhauptschülerinnen und -schüler sind immer präsent, wenn am Ort und in den Nachbargemeinden gefeiert wird. Ihre Weihnachtskonzerte locken bis zu 500 Zuhörer/-innen an, sie singen und spielen in den Kirchen bei Kirchenfesten, bei Taufen und Hochzeiten, aber auch in Altenheimen und bei Festivals wie z. B. dem Orff-Festival auf großen Bühnen wie der Niederbayernhalle.

Kennenlernen von Oper und Theater

Schon die Grundschüler nehmen an den Opernbesuchen der gesamten Schule im Stadttheater des nahegelegenen Passau teil. Im Jahr 2008 war es der Besuch einer Rossini-Oper, der am Tag vorher durch den Besuch des Regisseurs in der Schule vorbereitet wurde.

Musikprojektwoche

Zum Schulprogramm gehören auch bisher einmalige Maßnahmen wie z. B. die Musikprojektwoche in Kroatien (Rovinj), in der die Schülerschaft von Ruhstorf und der beiden Partnerschulen eine Woche lang gemeinsam für ein großes Konzert in der Basilika von Porec probten. Bestandteil des Programms war das



tägliche Einstudieren von Chor- und Ensembledarbietungen, aber auch Tanz, Ausflüge und Stadtbummel. Das Konzert wurde ein großer Erfolg, mit Standing Ovations der Zuhörerschaft für ein internationales Friedenslied.

Musikhauptschülerinnen und -schüler als Komponisten und Texter

Im Jahr 2006 gehörte die Musikhauptschule zu den Siegern eines vom Bayerischen Kultusministeriums ausgeschriebenen Wettbewerbs für selbstkomponierte und verfasste Hits. Die Produktion erfolgte im schuleigenen Tonstudio.

Aufbau eines Sponsorennetzwerks

Dank der Netzwerkarbeit der Schule war und ist es möglich, ein Sponsorennetzwerk aufzubauen, ohne das die Arbeit der Schule nicht möglich wäre.

Einübung von Empathie

Für die Persönlichkeitsbildung sehr wichtig stellt sich auch die Kooperation mit einer nahegelegenen Schule für Kinder mit Behinderungen heraus, unter anderem in der Form gemeinsamer Schullandheimaufenthalte.

ROLLE DER KOMMUNE

*„Ohne die Unterstützung der Kommune wäre das Konzept nicht zu verwirklichen.“
(Leiter der Kreismusikschule Passau)*

Die Kommune zahlt für jeden Schüler der Hauptschule den Anteil, den sie auch bei Schülern der Musikschule übernimmt. Bei Auftritten, Ehrungen und Festen der Schule sind die kommunalen Spitzenkräfte stets vertreten, was auch zum Image der Schule und dem Fluss von Spendengeldern beiträgt. Der Landrat und der Bürgermeister kümmern sich persönlich um die Schule und stellen ihre Sonderfördertöpfe zur Verfügung, u. a. für die Fahrten nach Meran.

FINANZIERUNG

Jährlich werden ca. 35.000 Euro für die Förderung der Klassen 5 bis 9 (zweizügig, davon jeweils eine Musikklasse) benötigt, wobei jeder Schüler mit 350 Euro Fremdfinanzierung zu Buche schlägt. Der Musikunterricht erfordert 20 zusätzliche Lehrerstunden pro Woche.

Trotz der seit 2003 fließenden Zuschüsse des Landes Bayern ist die Schule weiterhin auf eine Mischfinanzierung aus Spendengeldern, geringen Elternbeiträgen und Zuschüssen der umliegenden Kommunen angewiesen, deren Schüler die Musikhauptschule ebenfalls besuchen können.

Ein wenig tragen auch die durch Auftritte erzielten Honorare, die immerhin bis zu 1.000 Euro für ein Chorkonzert betragen, zur Finanzierung bei.

WIRKSAMKEIT UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

In Bayern müssen sich Hauptschüler nach der siebten Klasse zwischen den Fächern Kunst und Musik entscheiden. Während landesweit 18% der Schülerschaft Musik wählt, sind es in Ruhstorf rund die Hälfte. Die Musikklassen erbringen durchweg bessere schulische Leistungen u. a. in Mathematik und Deutsch. Im Schulverlauf zeichnen sie sich generell durch höhere Lernmotivation, Disziplin und Ausdauer aus. Die besten Musikerinnen und Musiker sind häufig auch die besten Mathematiker und Sportler. Die zahlreichen Aufführungen erfordern Üben, allein zuhause und gemeinsam in Ensembles. Früh wird hier gelernt, Druck auszuhalten und auf ein konkretes Ziel hin zu üben. Schon jungen Schülern wird klar gemacht: „Wenn du nicht genug übst, kannst du nicht mit zur Aufführung des Musicals fahren.“ Durch das alltägliche gemeinsame Musizieren in Gemeinschaft lernen die Kinder soziales Miteinander, z. B. indem sie einüben, aufeinander zu hören und aufeinander einzugehen. Schon in der siebten Klasse spielen Ensembles ohne Dirigent, nur noch Einsatz und Abschluss werden durch eine leitende Person gegeben.

Musik macht stark

Gewaltpotential und Drogenprobleme sind an der Schule deutlich niedriger als in den umliegenden Schulen, Gymnasien mit eingeschlossen. In einem aktuellen Fall gelang es der Hauptschule, einen demotivierten, drogenkonsumierenden Gymnasiasten, der auf die Hauptschule versetzt wurde, über Kunst und Musik eine neue Motivation zum Lernen zu ermöglichen. Bei der Planung des Schuljahres 2008/2009 fiel auf, dass der Einsatz des ab September 2008 für die Schule bewilligten Sozialpädagogen nur in den Nicht-Musik Klassen notwendig wird.

Soziale Integration

Durch die starke Präsenz im Gemeindeleben erfahren die Schülerinnen und Schüler Akzeptanz und Anerkennung in der Bevölkerung, eine sehr gute Prävention sozialer Ausgrenzung. Für die Heranwachsenden sind die Auftritte auf den Bühnen der Umgebung die wesentliche Motivation für das Erlernen eines Instruments und das Üben in Ensembles. Hierdurch lernen sie die Wichtigkeit von Ausdauer kennen, die unentbehrlich ist, wenn ein Ziel erreicht werden soll. Was jedem Heranwachsenden darüberhinaus vermittelt wird, ist die Botschaft: Ich werde gebraucht. Ich nehme Verantwortung wahr und leiste etwas.

Erfolg im Beruf

Die Absolventen der Schule erhalten in ungewöhnlich hohem Ausmaße Ausbildungsverträge für ein ebenfalls ungewöhnlich breites Spektrum von Berufen. 2007 hatten 18 von 20 Schülern bereits im Mai einen Ausbildungsvertrag in der Tasche. Für die Schülerschaft der Musikklassen bieten sich die neuen Berufsbilder der Musiklehrerin/des Musiklehrers für Grund- und Hauptschulen und eine Ausbildung in Musiktherapie an. Immerhin vier Absolventen/-innen besuchen bereits die Berufsfachschule für Musik und können danach als Musiklehrer/-innen in Grund-, Haupt- und Realschulen arbeiten. Aber auch der steigende Bedarf an musiktherapeutischen Fachkräften in Geriatrie, Kindergärten und Sonderschulen bietet den Absolventinnen und Absolventen der Musikhauptschule eine Perspektive. Die Rückmeldungen aus dem Berufsleben sind ausgesprochen positiv und belegen hohes Durchhaltevermögen sowie Kreativität und Einfühlungsvermögen im Umgang mit Menschen. Stolz ist die Schule auch auf einen Ehemaligen, der bei der Prüfung zum Bankkaufmann als Bester abschnitt.

„Freizeit als Aktivzeit“

Durch die zahlreichen Auftritte und das hierzu erforderlichen Üben werden die Eltern in dem Bereich der Medienerziehung unterstützt. Der Kriminologe Christian Pfeiffer sagt hierzu: „Es scheint als ob dort, wo der Staat seinen kulturellen Bildungsauftrag so ernst nimmt wie in Ruhstorf, tatsächlich so etwas wie eine Schutzimpfung gegen Medienverwahrlosung wirksam wird.“ (Kongress des Verbands deutscher Musikschulen (VdM), Mannheim, 2007)

ARBEITSPRINZIPIEN

- „Das Beste ist für unsere Schüler gerade gut genug.“
- Ohne die gesammelte Kraft des ganzen Schulkollektivs wäre erfolgreiche Arbeit nicht möglich.
- Vernetzung und Kooperation mit anderen musikalisch ausgerichteten Schulen sind eine Erfolgsvoraussetzung.
- Die Schule arbeitet kontinuierlich an der Qualitätsentwicklung.
- Die Schule bzw. Schülerschaft ist in der Kommune und Region sehr präsent.

HÜRDEN

- Für die Zukunft wünscht sich das pädagogische Team der Schule eine größere Freiheit für jede Schule, die vorhandenen Mittel des Landes einzusetzen, je nach Akzentsetzung der einzelnen Schulen.
- Es fehlt eine in Zahlen ausgedrückte Evaluation.

LITERATUR

Grundschule und Musik-Hauptschule (Hrsg.): Jahresbericht Schuljahr 2007/2008. Volksschule Ruhstorf a. d. Rott.

Verband deutscher Musikschulen e. V.: Presseberichte, Beratung, Informationen über Musikschulen mit Focus auf Kinder aus bildungsfernen Familien. Bonn: Verband deutscher Musikschulen, 2008.

Kontakt:

Josef Bertl | Direktor
Grund- und Hauptschule Ruhstorf a. d. Rott
Am Schulplatz 12
94099 Ruhstorf a. d. Rott

Telefon: 08531 3460
E-Mail: info@vs-ruhstorf.de
www.vs-ruhstorf.de



GESUNDHEITSBEWUSSTES VERHALTEN IN BEQUEMEN LEBENSWELTEN

„WANN GEHT ES MEINEM KIND WIRKLICH GUT?“

Körperliche Aktivität und gesunde Ernährung sind wichtige Voraussetzungen für die organische und motorische Entwicklung und vermögen auch die Lernfähigkeit im kognitiven Bereich zu fördern.

Hinsichtlich körperlicher Bewegung und auch des Ernährungsverhaltens berichten neueste Studien übereinstimmend, dass die Zahl der Kinder bzw. Familien, die hier gravierende Probleme haben, rapide zunimmt. So belegen die Daten der KiGGS-Studie (Robert-Koch-Institut, 2007), dass in der Gruppe der 11-17-jährigen dem notwendigen Niveau fast täglicher körperlicher Aktivität nur ca. 28% der Jungen und 17% der Mädchen gerecht werden. Bereits ein Viertel der Grundschul Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren verbringt neun Stunden am Tag im Sitzen, ebenfalls neun Stunden im Liegen, fünf Stunden stehend und lediglich eine Stunde in Bewegung. Laut der „Fit-fürs-Leben“-Studie (Sporthochschule Köln, 2008) nehmen sowohl Körpergewicht als auch sportliche Inaktivität mit zunehmendem Lebensalter zu: Bereits 80% der 25-jährigen leben gegenwärtig mit mindestens einem Risikofaktor für chronische Erkrankungen, hervorgerufen durch körperliche Inaktivität. Hinzu kommen schwerwiegende „Ernährungsdefizite“ (Nestlé Studie 2009 „Ernährung in Deutschland“). Die Auswirkungen des auch in der jungen Generation weit verbreiteten passiven Lebensstils treffen zunehmend berufliche Bereiche, in denen ein Mindestmaß an körperlicher Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit notwendig ist (z. B. Polizei, Handwerk). Wie Handwerkskammern bestätigen, liegt hierin neben dem demographischen Wandel die Ursache für steigenden Fachkräftemangel, Ausfallquoten und frühe Erwerbsunfähigkeit (vgl. „Fit-fürs-Leben“-Studie). Auch mit der Aufgabe der Erziehung eines Kindes zu gesundheitsbewusstem Verhalten sind Eltern nicht nur allein gelassen, sondern müssen sich gegen kontraproduktive Einflüsse wehren, die von massiven Werbeaktionen jugendprägender Medien, aber auch von den meisten Schulen ausgehen, in denen tagtäglich Softdrinks und Süßigkeiten verkauft werden. Auch besteht besonders in städtischen Ballungsräumen ein eklatanter Mangel an Freiräumen, in denen Kinder ungefährdet spielen und toben können (vgl. Best-Practice-Beispiel „Komm Bolzen“).

Der Best-Practice-Bericht zeigt, wie ehrenamtliche und professionelle Fachkräfte im Umfeld von Kindern und Jugendlichen Eltern bei der Bewältigung der schwierigen Aufgabe der Erziehung zur gesunden Lebensführung unterstützen.



„Kicken für jedermann“ – „Mondragon zeigt Tricks“ – „Jorge kommt immer mittwochs“ – „Kick nach der Schule“ – „Training mit Profis jetzt auch in Vingst“ – „Fußballspiel soll Kindern den richtigen Kick geben“ – „Riesen Zulauf“ – „Kürbiscremesuppe statt Fastfood“ (Überschriften in Kölner Lokalzeitungen 2007/2008)

KOMM BOLZEN! OFFENES FUSSBALLTRAINING IN KÖLN (NRW)

AUSGANGSSITUATION

In vielen Stadtteilen bzw. Sozialräumen Kölns leben Kinder und Jugendliche, die über zu wenige niedrigschwellige, sinnvolle und attraktive Freizeitangebote verfügen. Insbesondere sind es Heranwachsende aus Familien, in denen es Eltern oft sowohl an Geld als auch an Initiative mangelt, ihre Kinder beispielsweise in einem Sportverein anzumelden. Es sind aber auch zum Teil die Heranwachsenden selbst, die mit einer Mitgliedschaft im Sportverein Zwang und Druck verbinden, den sie ablehnen.

Hier setzt der gemeinnützige Verein „KIDsmiling – Projekt für hilfsbedürftige Kinder und Jugendliche e.V.“ an. Die Gründerin und Vorsitzende des Vereins, Frau Dr. Sandra Kossmann, von Beruf Rechtsanwältin und Fachanwältin für Steuerrecht und Mutter zweier kleiner Kinder, wurde in ihrem Referendariat mit der Problematik von Kindern aus benachteiligten Sozialräumen konfrontiert. Hinzu kam, dass öffentliche Gelder für soziale Einrichtungen immer drastischer gekürzt wurden. Der im Jahr 2003 von Dr. Kossmann gegründete Verein unterstützt und initiiert lokale Projekte im Bereich Sport und Kultur.

Mit der Umsetzung des aktuellen KIDsmiling-Projekts „Komm Bolzen! – Offenes Fußballtraining auf öffentlichen Bolzplätzen“ wurde in Zusammenarbeit mit dem Kölner Amt für Kinder, Jugend und Familie im Mai 2007 begonnen. Vorangegangen war eine halbjährige Konzeptionsphase.

ZIEL UND ZIELGRUPPE

Das Projekt wendet sich an Kinder und Jugendliche zwischen 6 bis 18 Jahren, die keinerlei Anbindung an Vereine und Institutionen haben und vorwiegend in sozial belasteten Wohngebieten aufwachsen. „Wir wollen den Kindern eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung bieten, gerade da, wo die Initiative der Eltern fehlt.“ (Dr. Sandra Kossmann)

Das Projekt soll das emotionale Gleichgewicht der Kinder fördern und sie in ihrer gesundheitlichen, sozialen und auch kognitiven Entwicklung weiter bringen. Schulung von Motorik, Ausdauer, Schnelligkeit und Konzentration, aber auch von Teamgeist, Selbstvertrauen und die Stärkung nachbarschaftlichen Zusammenhaltes sind die Ziele des Projektes. Das übergeordnete Ziel ist ein Beitrag zur Prävention von Gewalt und Delinquenz.

MAßNAHMEN

Das Projekt setzt unkompliziert und schnell vor Ort ein. Die Sorge um die „Zukunft“ für Kinder wird hier ergänzt durch das Kümmern um die unmittelbare Gegenwart, denn: „Wir sind jetzt schon da!“ (Zitat eines Grundschulers).

Kostenloses, freies Fußballtraining auf ausgewählten Bolzplätzen

Auf zehn verschiedenen Plätzen verteilt im ganzen Kölner Stadtgebiet findet wöchentlich zu einem festgelegten Zeitpunkt ein jeweils zweistündiges kostenloses Fußballtraining statt. Bei der Wahl des Standortes, der Akquise von Kindern sowie der Koordination des



Fußballtrainings kooperiert KIDsmiling mit dem Kölner Amt für Kinder und Jugend und hierüber mit den umliegenden Schulen, Jugendeinrichtungen und Sozialraumkoordinatoren.

Verlässlichkeit und Regelmäßigkeit

Das Training findet verlässlich, regelmäßig während der Ferien und auch im Winter statt. Bei Dauerregen wird die Mannschaft in die Räume nahe gelegener Einrichtungen, wie z. B. Jugendzentren oder Turnhallen, zum Beisammensein mit den Trainern eingeladen (Gelegenheit für intensivere persönliche Kontakte und Gespräche).

Das Training besteht aus Dehn-, Kraft- und Motorikübungen (z. B. Dribbeln um Hütchen) und Schuss-Training sowie weiteren Übungen, die aus den Kindern und Jugendlichen eine Fußball-Mannschaft formen.

Pro Bolzplatz übernehmen jeweils zwei Personen das Training. Im Gepäck haben sie Fußbälle, Übungsgeräte und Trikots, die die Kinder jedes Mal beim Training über ihre T-Shirts ziehen.

Professionelle Trainer/-innen

Die sozialpädagogisch ausgerichteten Fußballtrainer/-innen werden in einem zweistufigen, strengen Bewerbungsverfahren ausgewählt. Hier kooperiert KIDsmiling mit dem Stadtsportbund Köln und der Sporthochschule Köln. Das Auswahlverfahren bestehen nur diejenigen, die aufgrund ihres beruflichen Werdeganges den Nachweis hoher sozialer Kompetenz erbringen und auch über eine Ausbildung (Lizenz) zum Fußballtrainer verfügen. Wichtig ist, dass sie bei den Kindern und Jugendlichen „ankommen“ und über eine Vorbildfunktion verfügen. Ein Beispiel ist der Trainer Corc Tokgözoglu, 26 Jahre alt, in einem sozialen Brennpunkt Kölns aufgewachsen. Nach Hauptschulabschluss und Abitur schließt er derzeit an der Sporthochschule in Köln sein Studium der Sportwissenschaften ab, ein Schwerpunkt ist dabei Erziehungswissenschaft. Neben freiberuflichen Tätigkeiten in einem Jugendzentrum leitet er Sportkurse für Heranwachsende, besitzt die

A-Lizenz Fußball und spricht deutsch, arabisch und englisch.

Die Trainermannschaft, zu denen derzeit eine Trainerin gehört, erhält pro Monat eine Fortbildung mit dem Schwerpunkt der psychologischen Schulung. Ein Schwerpunkt dabei stellt der Unterricht in „Gewaltfreier Kommunikation“ (GfK) nach Marshall B. Rosenberg dar. Bei der Ausrichtung der Fortbildung kooperieren KIDsmiling und das Amt für Kinder und Jugend. Das Trainerhonorar beträgt 15 Euro pro Stunde, wobei für zwei Trainingsstunden ein Honorar für drei Stunden bezahlt wird, um die Zeit für die Vorbereitung des Trainings und für anschließende Gespräche mit den Heranwachsenden anzuerkennen.

Fußballtrainer/-innen als „elterliche Personen“

Das Fußballtraining ist bewusst gewählter Ausgangspunkt für Kontakte zwischen erwachsenen Trainern bzw. Trainerin und Jugendlichen. Die Gespräche bieten eine Zeit der Hinwendung und elterlichen Mitsorge. Bei größeren Sorgen und Problemen stehen KIDsmiling mit dem Netzwerk der Kooperationspartner bereit, Hilfe zu vermitteln, z. B. bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder bei Gewalt in der Familie.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Jeder der ausgewählten Bolzplätze wird zu Beginn der Trainingseinheiten mit einem Eröffnungsfest eingeweiht, in der Regel mit Beteiligung eines Spielers aus dem Kölner FC, einem der Kooperationspartner von KIDsmiling. So sorgten u. a. Thomas Kessler und Faryd Mondragon, beide Torhüter des 1. FC Köln, für öffentlichkeitswirksame Eröffnungen der Bolzplätze. Im Anschluss an das Eröffnungsfest, bei dem auch immer ein Vertreter der Stadt zugegen ist, findet unter Anleitung des jeweiligen Trainers die erste Trainingseinheit statt. Für Spielgelegenheiten (Amt für Kinder und Jugend) und ein kleines Willkommens-Büffet mit viel frischem Obst ist ebenfalls gesorgt. Die Eröffnungsfeiern verzeichnen viele Besucher, fast immer kommen 200 bis über 250 Kinder und Jugendliche und auch einige Eltern.



Einmal im Jahr soll ein Turnier aller Bolzplatzteams stattfinden und die Siegermannschaft mit einem Wanderpokal geehrt werden. Das erste Turnier fand im Oktober 2008 statt.

ROLLE DER KOMMUNE

Die Zusammenarbeit mit der Stadt Köln, insbesondere mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie, ist eine wichtige Grundlage für das Gelingen des Projektes. Das Amt gibt Hinweise für Viertel, in denen ein Bolzplatz besonders notwendig ist, es hilft mit, zu Kindern Kontakte zu knüpfen, aber auch zu weiteren Netzwerkpartnern wie Sozialraumkoordinatoren und Verbänden (z. B. der Sozialdienst katholischer Frauen und die Kinder- und Jugendeinrichtung „Northside“ und Kindernöte e. V.).

Bei der Instandsetzung der Bolzplätze werden die Kommunen auf Initiative von KIDsmiling hin aktiv: Beispielsweise bringt sich die Kommune beim Mähen von Wildwuchs auf Plätzen ein oder lenkt den Blick bürgerschaftlicher Aktivitäten auf die Bolzplätze. So wurde aus einem Schuttbladeplatz mit Trümmern aus dem 2. Weltkrieg („Monte Scherbellino“) durch die Frühjahrsputzaktion „Kölle putzmunter“ der Bolzplatz „Auf dem Vingster Berg“.

Auch die Schirmherrschaft des ehemaligen Oberbürgermeisters (Fritz Schramma) gibt dem Projekt (ideellen) Rückhalt. Der Oberbürgermeister war bei zwei Bolzplatzöffnungen zugegen, aber auch bei anderen Eröffnungsfeiern war die Stadt durch eine Bürgermeisterin sowie einen Bürgermeister und Bezirksbürgermeister bzw. -bürgermeisterin vertreten. Im September 2008 hat KIDsmiling den „Kölner Ehrenamtspreis“ durch die Stadt Köln verliehen bekommen.

FINANZIERUNG

Das Projekt, wie auch die anderen Projekte von KIDsmiling, werden durch private Spendengelder finanziert, die ohne Abzug für Verwaltungsaufwand

unmittelbar zur Verfügung gestellt werden (Herstellung der Bolzplätze, Trainerhonorare, Sachmittel etc.). Dies ist nur möglich durch die ehrenamtliche Leitung des Projektes durch Dr. Kossmann und die Mitarbeit weiterer ehrenamtlich tätiger Mitstreiter. Es gibt eine breitgefächerte Sponsorengemeinschaft mit lokalen, regionalen und überregionalen Mitgliedern und einen alle zwei Jahre stattfindenden Benefizball im Fünfsterne-Hotel „Excelsior Hotel Ernst“ in Köln. Beispielsweise brachte der Benefizball 2006 einen Spendenerlös von 25.000 Euro für das Projekt des offenen Fußballtrainings ein. 20.000 Euro sammelte der Telekommunikations-Dienstleister ACN auf einem internationalen Kongress in Köln für das Fußballprojekt (2007).

Möglicherweise wird KIDsmiling in Zukunft von der Stadt Köln die finanziellen Mittel erhalten, um zunächst befristet für ein Jahr eine Teilzeitstelle einrichten zu können, die dann auch Aufgaben übernehmen soll, die bisher durch das Amt für Kinder und Jugend geleistet werden.

WIRKSAMKEIT UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Verlässlichkeit

Mittlerweile nehmen an dem zweistündigen, kostenlosen Fußballtraining auf zehn Bolzplätzen in Köln jede Woche über 240 Mädchen und Jungen im Alter von 6 bis 18 Jahren teil (Chorweiler (mittwochs 16–18 Uhr); Ehrenfeld (dienstags 16–18 Uhr); Lindweiler (dienstags 16–18 Uhr); Mülheim (montags 16–18 Uhr); Rondorf (mittwochs 16–18 Uhr); Vingst (dienstags 16–18 Uhr); Ostheim (freitags 16–18 Uhr); Finkenbergl (montags 16–18 Uhr); Kalk (donnerstags 16–18 Uhr); Bocklemünd (donnerstags 16–18 Uhr)).

1 Bolzplatz für 1.500 Heranwachsende

Wie dringend notwendig es ist, die Stadt zur Instandsetzung geeigneter Orte als Bolzplätze zu motivieren und darauf ein Fußballtraining einzurichten, zeigt sich schon an einer Gegenüberstellung der Zahlen der in einem Sozialraum/Stadtteil lebenden Kindern und

Jugendlichen und den verfügbaren Bolzplätzen vor Ort: Beispielsweise gibt es für 1500 Heranwachsende zwischen 6 und 18 Jahren in Köln-Bocklemünd nur den durch KIDSmiling 2008 eröffneten Bolzplatz, im Sozialbereich Chorweiler-Nord teilen sich 1.245 Kinder immerhin zwei Bolzplätze, einer davon ist auf Initiative von KIDSmiling entstanden. Für den Stadtteil Bilderstöckchen (Sozialraum Parkgürtel) sowie in den Stadtteilen Gremberghoven oder Buchforst sind die durch KIDSmiling eingerichteten Bolzplätze für Kinder und Jugendliche die einzige Möglichkeit, an der frischen Luft zu toben oder Fußball zu spielen.

Für 2009 ist ein Benefiz-Fußballturnier geplant.

Im Herbst 2008 hat sich, hervorgehend aus dem Bolzplatz-Training, eine neue Mädchen-Mannschaft gegründet, die nun vom SC Meschenich betreut wird.

Es ist geplant, das Projekt auf andere Städte innerhalb Deutschlands auszuweiten, wozu es bereits erste Anknüpfungspunkte und Gespräche gibt. Es ist gut geeignet, auf andere Kommunen übertragen zu werden: Die Kostenstruktur ist durch die ehrenamtliche Projektleitung relativ niedrig, die Kooperation mit kommunalen Einrichtungen auch in anderen Städten möglich.

Es zeichnet sich eine deutliche Weiterentwicklung und Ausweitung des Projektes ab, die die involvierten Kinder und Jugendlichen selber vorgeben. Der Projektleitung fiel auf, dass auf den Feiern zur Eröffnung der Bolzplätze der Obstteil des Büffets immer so schnell vergriffen war, dass Nachschub besorgt werden musste. Daraufhin wurde den Kindern nach dem Training auf einem der Bolzplätze Äpfel angeboten (Kooperation mit einem Bio-Bauern). Die Resonanz war so überwältigend, dass nun geplant wird, das Apfel-Angebot auf jeden Bolzplatz auszuweiten.

„KOMM KOCHEN“

Dieser Heißhunger der Kinder auf Obst und die Beobachtung, dass viele von ihnen übergewichtig sind, führte zu der Idee eines neuen Projektes „Komm Kochen“. Im Rahmen eines eintägigen Pilotprojektes (2007) wurden zehn Kinder einer Kölner Förderschule für einen Tag in ein Küchenstudio eingeladen, wo sie nach einem gemeinsamen Einkauf auf dem Wochenmarkt ein leckeres Menü kochten. Ermöglicht wurde das auf Initiative von KIDSmiling, dem Kölner Küchenstudio „Schallenberg“ und dem Sternekoch Martin Kräber von „Capricorn“. Die Kinder waren so überwältigt von dem für sie ungewohnten Erlebnis des

gemeinsamen Kochens und Essens, dass KIDSmiling nun konkrete Pläne für ein neues, dem Fußballtraining vergleichbares Projekt entwickelt.

ERFOLGREICHE ARBEITSPRINZIPIEN

- Niedrigschwelligkeit
- Vernetzung und Kooperation
- Sofortige, unbürokratische Umsetzung des Projekts
- Integrativ

HÜRDEN

Das Projekt basiert auf großem ehrenamtlichen Engagement und einer wohlhabenden Bürgerschaft sowie Unternehmen in deren Umfeld

LITERATUR

KIDSmiling (Hrsg.): Offenes Fußballtraining auf öffentlichen Bolzplätzen. Köln, 2007.

KIDSmiling (Hrsg.): „Komm Bolzen“ 2007/2008. Köln, 2007.

Kontakt:

Frau Dr. Sandra Kossmann
KIDSmiling – Projekt für hilfsbedürftige Kinder
und Jugendhilfe e.V.
Unter den Ulmen 21
50968 Köln

Telefon: 0221 3797 142
E-Mail: info@kidsmiling.de
www.kidsmiling.de



„Dass wir mitsprechen können,
finden wir klasse.“
(Otto-Wels-Grundschule, Klasse 4b)

„KIEZDETEKTIVE“ IN BERLIN

KINDERBETEILIGUNG FÜR EINE GESUNDE UND ZUKUNFTSFÄHIGE STADT

AUSGANGSSITUATION

Das Praxisprojekt „Kiezdetektive“, entwickelt vom Jugendbüro Marzahn-Hellersdorf, wird seit 1999 im Berliner Verwaltungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg realisiert.

Die Trägerschaft des Projektes liegt bei der Plan- und Leitstelle Gesundheit des Verwaltungsbezirks Friedrichshain-Kreuzberg.

Dieser Verwaltungsbezirk ist der am dichtesten besiedelte Bezirk Berlins mit knapp 245.000 Einwohnern und der geringsten Grünfläche je Einwohner. Er hat die höchste Arbeitslosenrate und den zweithöchsten Anteil von Familien mit Migrationsgeschichte, jeder dritte Kreuzberger ist nichtdeutscher Herkunft (im Berliner Durchschnitt liegt der Anteil bei 13%). Deutsche und viele türkische Familien überlegen sich, in andere Stadtteile zu ziehen, damit ihre Kinder gut Deutsch lernen und später bessere Berufschancen haben.

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Die Kinder erkennen, dass das Wohnumfeld sowohl die psychische wie auch die physische Gesundheit beeinflusst. Sie erhalten die Chance, ihre Lebenswelt aus eigener Kraft mit zu gestalten. Ziel ist die Stärkung der Persönlichkeit, insbesondere durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Förderung des Selbstvertrauens.

Zweitens verfolgt das Projekt das Ziel, kommunalpolitisch Verantwortlichen aufzuzeigen, wo aus Perspektive/Erfahrung der Kinder in ihrem Wohnumfeld dringender Handlungsbedarf besteht.

Zielgruppe sind sechs- bis vierzehnjährige Kinder, vor allem aus sozial benachteiligten Familien und Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf.

MAßNAHMEN

Als Kiezdetektive erkunden pro Durchgang sechzig bis achtzig Kinder ihr Lebens- und Wohnumfeld. Der gesamte Prozess eines Durchganges erstreckt sich auf neun bis zwölf Monate.

Auswahl der beteiligten Kinder

Die Koordinatorin des Projektes setzt sich mit Schulen, Horten und Freizeiteinrichtungen in Verbindung und stellt bei Interesse dort das Konzept der Kiezdetektive vor. Beispielsweise beteiligten sich am Projektdurchgang 2007/2008 vier Grundschulen des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg mit achtzig Kindern im Alter zwischen neun und dreizehn Jahren, davon ca. 85% mit Migrationshintergrund.

Methodenworkshops

Die Kinder und das pädagogische Fachpersonal der beteiligten Einrichtungen werden in einer Einführungsveranstaltung über den Ablauf des Projektes informiert (unter anderem mit einem Film zur Veranschaulichung).

Begleitung

Pädagogische Fachkräfte aus den beteiligten Einrichtungen, freie Mitarbeiter/-innen des Vereins „Gesundheit Berlin e.V.“, ebenso interessierte Eltern und ehrenamtliche Hilfen werden kontaktiert. Sie begleiten die Kinder bei der Begehung und helfen bei der Aufzeichnung der Ergebnisse. Zu den Begleitpersonen gehören auch zwei Gemeindedolmetscher/-innen

(türkisch/deutsch). In der Regel kommen die Kinder pro Durchgang aus vier verschiedenen Institutionen. Für jede Institution gibt es einen Begehungstermin. Bei jedem Begehungstermin werden die Kinder in Gruppen von vier bis sechs Kindern aufgeteilt, wobei jede Gruppe eine vorher festgelegte Route von etwa anderthalb Stunden geht. (Beispiel für die Route einer Gruppe von 2007/2008: Skalitzer Straße, Erkelenzdamm, Gitschiner Straße, Wassertorplatz).

Detektivausrüstung

Vor der Inspektionstour erhalten die Kinder Stirnbänder, Notizhefte, Buttons und Ausweise, die sie als Kiezdetektive ausweisen. Fotoapparate bringen sie nach Möglichkeit selbst mit.

Begehung

Die Kinder begehen mit wachen Augen ihre Route und notieren, was sie stört, aber auch was ihnen gefällt. Zu den Recherchemethoden gehören auch Interviews mit den Anwohnern.

„Müllsack“ und „Schatztruhe“

Die Ergebnisse der Begehung werden aufgeschrieben und zusätzlich in Form einer Collage für eine kleine Ausstellung vorbereitet. Auf der „Kinderversammlung“ im Rathaus, vorbereitet durch die Projektkoordinatorin, präsentieren die Kinder die Ergebnisse den verantwortlichen Bezirkspolitikerinnen und -politikern. Im Foyer des Rathauses werden die Collagen (Fotos und Notizen) ausgestellt, die Ergebnispräsentation durch die Kinder erfolgt durch mündlichen Vortrag und die Überreichung schriftlicher „Denkzettel“ für Missstände und Kritik (in einem Müllsack) und wohlthuender, positiver Beobachtungen (Schatzkiste).

Inhalt des Müllsacks:

Bei den durch die Kinder festgestellten Missständen, die die Projektkoordinatorin für jeden Durchgang dokumentiert, ziehen sich folgende Themen mit vielen Variationen wie ein roter Faden durch die Ergebnisse der Begehungen:

- Verschmutzungen (durch Mensch und Hund) von Gehwegen, Hauswänden, Spielgeräten, Abfallbehältern, Straßenschildern
- Verkehrsgefährdungen durch zu schnelles Fahren von Autos, fehlende Ampeln, fehlende Fußgängerüberwege und Zebrastreifen sowie fehlende Präsenz von Kontrollpersonen im Verkehr
- Zerstörungen und Beschädigungen, z. B. von parkenden Fahrrädern, von Abfallbehältern, Briefkästen, Spielgeräten, Geländern und Straßenlaternen

- Verhalten von Menschen: öffentlicher Verkauf und Konsum von Drogen, rauchende und biertrinkende Männer auf der Straße, Belästigung von Mädchen durch männliche Jugendliche/Erwachsene, Erwachsene, die ihre Kinder schlagen, respektlose Erwachsene und respektlose Kinder

Inhalt der Schatztruhe:

- Freundlichkeit im Umgang miteinander: z. B. freundliche Antworten Erwachsener auf Interviewfragen, freundliche Obst- und Gemüsehändler/-innen
- Eisdielen, Milchbar, Gemüse- und Obstgeschäft
- Saubere Gehwege, schön gestaltete Hauswände (z. B. eine Hauswand mit bunten Glasbausteinen)
- Balkonblumenkästen, jede Form von lebendigem Grün (Blumen, Bäume etc.), Grünstreifen
- Kinderbauernhof, Skaterbahn, Spielplätze
- Langsam fahrende Autos

PROZESS DER VERÄNDERUNG

Unmittelbar nach der Kinderversammlung leitet die Koordinatorin die zusammengestellten Ergebnisse über die zuständigen Dezernenten an die Verwaltungen bzw. zuständigen Ressorts des Bezirksamtes zur Bearbeitung weiter. Ansprechpartner sind hauptsächlich die Abteilungen Stadtentwicklung/Bauen/Umwelt/Jugend/Schule/Sport/Gesundheit/Bürgerdienste.

Ein halbes Jahr später kommen die Kinder zum zweiten Mal ins Rathaus zur „2. Kinderversammlung“, um sich nach dem Stand der Bearbeitungen zu erkundigen. Vorangegangen ist dabei eine Erinnerung der politischen Handlungsträger durch die Koordinatorin, in der sie nochmals aufgefordert werden, Missständen abzuweichen. Auf der 2. Kinderversammlung berichten die Politiker/-innen über die Ergebnisse ihrer Arbeit und erläutern gegebenenfalls, welche Schwierigkeiten einer Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen im Wege stehen. Ihre Redezeit ist limitiert: Die Redebeiträge der Erwachsenen werden durch eine Sanduhr, die zu Beginn des Redebeitrags umgedreht wird und bei deren Ablauf ein Gong ertönt, zeitlich begrenzt. Die Ergebnisse von Begehungen und Kinderversammlungen werden auch im Unterricht der teilnehmenden Schulen besprochen.

Zu jedem Durchgang der Detektive fertigt die Koordinatorin eine Dokumentation an, mit Chronologie, Wegeplänen, Auflistung von Anliegen und konkreten Ergebnissen, Presseberichten, Fotos sowie Angaben zu Alter, Geschlecht und Herkunft der Kinder. Auch die unerledigt gebliebenen Probleme werden dokumentiert.



QUALITÄTSFORTHENTWICKLUNG

Seit den letzten drei Jahren werden die Kinder stärker in die Umsetzung von Ergebnissen mit einbezogen. Ein Beispiel ist ihre Mitarbeit bei der Planung der Stadtgestaltung: 2007 hat das Ressort für Stadtplanung Kiezdetektive eingeladen, ihre Ideen für die Gestaltung bestimmter Orte im Kiez mit einzubringen. Ein weiteres Beispiel ist die Initiative einiger „Kiezdetektive“ 2007/2008, Plakate in verschiedenen Sprachen anzufertigen, in denen Hundebesitzer aufgefordert werden, die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner in die vom Ordnungsamt zur Verfügung gestellten Tüten zu entsorgen. Hierfür wurden sie vom lokalen Kinderkanal als „Helden des Alltags“ gewürdigt.

Die Koordinationsstelle bzw. die Koordinatorin optimierte die Arbeitsprozesse während des gesamten Jahres 2007 durch eine intensive, detaillierte Beratung/Weiterentwicklung mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Konkrete Ergebnisse sind:

- Größere Transparenz durch die Entwicklung einer computergestützten Dokumentation für alle Daten in Zusammenhang mit den Kiezdetektiven.
- Entwicklung eines Evaluationsverfahrens hinsichtlich der Projektziele: Erfahrung von Selbstwirksamkeit, Verantwortlichkeit und Demokratie. Zu den Methoden der Evaluation gehören z.B. Interviews für ein Feedback seitens der Kinder.

ROLLE DER KOMMUNE

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin spielt eine entscheidende Rolle bei dem Projekt. Es ermöglicht die Projektleitung (angesiedelt in der Plan- und Leitstelle Gesundheit), ohne die die Kiezdetektive nicht realisierbar wären. Darüber hinaus stellen sich kommunalpolitische Verantwortungsträger, allen voran der Bürgermeister, der Kritik der Kinder. Beispielsweise waren bei den Kinderversammlungen der Kiezde-

tektive 2007/2008 folgende Funktionsträger/-innen zugegen: Der Bezirksbürgermeister, der Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Beschäftigung, die Stadträtin für Jugend, Familie und Schule, der Stadtrat für Wirtschaft, Bürgerdienste, Ordnungsamt, die Stadträtin für Bauen, Wohnen und Immobilienservice und die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung.

FINANZIERUNG

Für einen kompletten Durchgang der Kiezdetektive fallen Projektkosten in Höhe von 1.000 Euro an (Materialbeschaffung, Honorar, Sonstiges). Bezuschusst wurde das Projekt in den vergangenen Jahren vom Bundesgesundheitsministerium, dem Berliner Senat und dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK). Die finanziellen Mittel für die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge stellen die zuständigen Ressorts der Stadtverwaltung.

WIRKSAMKEIT UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Das Projekt erreicht seine Zielgruppe: Von den 800 Kindern, die bisher als Kiezdetektive unterwegs waren, stammen etwa 85% aus den Gebieten in Kreuzberg, die im Förderprogramm „Soziale Stadt“ als Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf ausgewiesen sind. Etwa 80% der Detektive kommen aus türkischen und arabischen Zuwandererfamilien.

Eine Reihe der, von den Kindern identifizierten Probleme sind mittlerweile behoben. Beispiele sind:

- Die Kiezdetektive (1999/2000) hatten die an eine Seniorenfreizeitstätte angrenzende, verwahrloste Grünfläche beanstandet. Sie wurde neu gestaltet und ist heute bei Jung und Alt ein beliebter Treffpunkt zum Ballspielen und Grillen.
- Ein Fußball-Verbot im Mendelssohn-Bartholdy-Park wurde aufgehoben und Geräte auf Spielplätzen repariert.
- Für die Mädchen einer Grundschule, die sich über die dauernde Belästigung durch Jungen eines benachbarten Fahrradprojektes beschwerten, vermit-

telte erfolgreich eine, vom Bezirksamt gesendete Moderatorin.

- Zu den Ergebnissen zählen auch die Einrichtung von Zebrastreifen, verschärfte Kontrollen von Ordnungsamt und Polizei in Gebieten mit Drogenkonsumenten, die Aufstellung eines Toilettenhäuschens, die Installation von Behältern mit Mülltüten für Hundekot und die Beseitigung von Graffiti und Müll.
- Am Kottbusser Tor wurde ein Druckraum für Drogenabhängige errichtet.

Zu den Resultaten gehört allerdings auch eine Ernüchterung hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik: Die Kinder erkennen, dass gerade gegen die anscheinend banalen, aber aus ihrer Sicht gravierenden Probleme, wie die Hinterlassenschaften von Hunden, Massen an Zigarettenkippen oder Sperrmüll, offenbar nur schwer vorzugehen ist.

Kinder suchen Bewegung

Einmal motiviert, nehmen die bei den Kiezdetektiven involvierten Kinder zunehmend aktiven Anteil an ihrer Lebensgestaltung. Ein Beispiel ist eine Gruppe der Kiezdetektive 2007/2008, die zu Beginn ihrer Arbeit den dringenden Wunsch nach mehr Bewegung im Schulalltag äußerte. Die Projektkoordinatorin fand eine Möglichkeit, in der betreffenden Grundschule Tanzunterricht zu integrieren, zunächst für sechs Monate finanziert von der Berufsgenossenschaft. Dieser Tanzunterricht, inklusive einer öffentlichen Aufführung, stieß auf soviel Begeisterung bei den Kindern, dass er unbedingt fortgesetzt werden soll und nach weiteren Sponsoren gesucht wird.

Externe Evaluation

Seit 2008 wird der Prozess der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder durch ein hierfür konzipiertes Evaluationskonzept, das mit Unterstützung der Forschungsgruppe Public Health des WZB Berlin erstellt wurde, evaluiert. In Fokusgruppen wird mit den beteiligten Kindern ein Interview geführt, dessen Ergebnisse schriftlich festgehalten werden. Unter anderem werden im Gespräch folgende Fragen gestellt: „Was braucht ihr zum Wohlfühlen?“, „Fühlst du dich für deinen Kiez verantwortlich?“, „Konntest du zu Veränderungen beitragen?“ Die Antworten aus den ersten Fokusgruppen, die derzeit noch ausgewertet werden, zeigen aber schon jetzt, dass die Kinder sich ernst genommen fühlen. Auch macht ihnen die Arbeit Spaß, immer wieder werden die Interviews mit Anwohnern und das Vortragen der Begehungsergebnisse auf der Kindervollversammlung als Tätigkeiten erwähnt, die Kindern Bedeutung verleihen. Stolz sind sie auch darauf, in der Presse und manchmal auch im Radio oder Lokalfernsehen Erwähnung zu finden.

ARBEITSPRINZIPIEN

- Abbau von Hemmschwellen
- Integration
- Gezielte Qualitätsfortentwicklung mit externer Supervision
- Vernetzung auf kommunaler Ebene
- Evaluation

HÜRDEN

- Unabdingbar ist eine Stelle für die Koordination der Prozesse.
- Selbst kleine Wünsche der Kinder, wie z. B. der nach mehr Bewegung in der Schule, können nur mit Hilfe externer Sponsoren erfüllt werden.

LITERATUR

Papies-Winkler, Ingrid: Kinderbeteiligung für eine gesunde und zukunftsfähige Stadt – „Kiezdetektive“ in: Borde, Theda/David, Matthias (Hrsg.): Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Lebenswelten, Gesundheit und Krankheit, Berlin: Mabuse-Verlag, 2005 (S. 227-233).

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Plan- und Leitstelle Gesundheit Friedrichshain-Kreuzberg: Projekt Kiezdetektive – Abschlussbericht zur Beratung zur partizipativen Qualitätsentwicklung und -sicherung, Berlin 2008.

Kontakt:

Ingrid Papies-Winkler
Bezirksamt Friedrichshain- Kreuzberg
Abt. Gesundheit, Soziales und Beschäftigung
Yorckstraße 4-11
10965 Berlin

Telefon: 030 90298 3546

E-Mail:

Ingrid.Papies-Winkler@ba-fk.verwalt-berlin.de



ERZIEHUNG ZUR BERUFSFÄHIGKEIT IM ZEITALTER VON „SUPERSTARS“

„DER TRAUM VOM MÜHELOSEN ERFOLG“

Berufsorientierung und Berufsfähigkeit entstehen in einem sehr früh beginnenden Prozess, dessen Gelingen maßgeblich von der Motivation abhängt, die von Kindern traditionell über das Vorbild erwerbstätiger Eltern erworben wird (Berufsbildungsbericht 2007). Kinder erfahren, dass Berufstätigkeit die Existenz sichert, Freude, aber auch Anstrengung bedeutet und dass Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und die Bereitschaft zum Lernen bzw. Selbstkritik dabei unverzichtbar sind. Seit einigen Jahren häufen sich die Beobachtungen aus Handwerk und Wirtschaft, dass jungen Menschen zunehmend die Motivation zum Erlernen und Ausüben eines Berufes fehlt. Zu den Ursachen zählt u. a. die durch Massenmedien vermittelte Botschaft vom mühelosen Aufstieg zum Superstar, ein Ideal, das dem kleinschrittigen und unspektakulären Prozess einer Berufsausbildung völlig widerspricht.

Die Verlierer dieser Entwicklung sind die Absolventinnen und Absolventen von Haupt- und Förderschulen, die trotz zeitweise boomender Wirtschaft im massiven Verdrängungswettbewerb um Ausbildungsplätze durch Jugendliche mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen unterliegen. Derzeit finden auch zweieinhalb Jahre nach Schulende bundesweit 40% der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss keinen Ausbildungsplatz (Berufsbildungsbericht 2008), die Quote der Ausbildungsabbrecher liegt bei 17%. Kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben die Jugendlichen ohne Schulabschluss, derzeit 8% eines Altersjahrgangs in der Gesamtbevölkerung und über 13% der türkischstämmigen Jugendlichen (Bildungsbericht 2008).

Fachleute aus Industrie und Wirtschaft kommen zu dem Ergebnis, dass „Eltern überfordert sind und Lehrkräfte immer mehr die Elternrolle übernehmen müssen, wenn es um berufsrelevante Qualifikationen geht“ (Initiative für Berufsorientierung, 2007). Wir stellen Projekte vor, die sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene richten, die in ihren Elternhäusern, häufig bedingt durch Erwerbslosigkeit der Eltern, keinen Bezug zur Arbeitswelt erfahren konnten. Die Projekte zeigen, wie durch gezielte Übernahme elterlicher Mitverantwortung, beispielsweise in der Schule, Berufsmotivation aufgebaut werden kann.



„Ein für Jugendliche prägendes und wertvolles Erlebnis ist es, durch praktisches Tun die eigene Wirksamkeit zu erfahren. Wem es gelingt, Lernen und Arbeit als erfüllend zu erleben, geht einen zentralen Schritt in Richtung einer selbst bestimmten Biografie. Wir bieten Jugendlichen Ferien, die gezielt gestaltet sind, in einer Kombination von Selbstwertstärkung, Berufsorientierung und Freizeitspaß. So kehren die Jugendlichen nach den Camps mit einem neuen, positiven Blick auf Schule zurück.“
(Wilke Ziemann, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung)

SOMMERCAMP FUTOUR (BERLIN)

AUSGANGSSITUATION

Selbstbild: „Verlierer“. In einigen Hauptschulen Berlins liegt die Quote der Vermittlung von Hauptschulabsolventen/-innen in ungeforderte betriebliche Ausbildung unter 10%. Hauptursache ist der Mangel an Vorbildern im sozialen Umfeld, die vorleben, welche Voraussetzungen Lernen und Arbeit erst möglich machen, und die zeigen, dass Lernen und Arbeit Freude bereiten können und eigenes, erfolgreiches Handeln Befriedigung verschafft. Weitere Ursachen liegen in der fehlenden Auseinandersetzung der Heranwachsenden mit ihren Stärken und Schwächen und in der Fixierung auf wenige Berufsbilder. Das schlechte Image der Hauptschulen ist nicht nur der Fachwelt, sondern auch der Schülerschaft bekannt. Kinder, die nach der 6. Grundschulklasse in Berlin auf der Hauptschule gelandet sind, fühlen sich von Beginn an schon in der „Verlierer-Schublade“.

Seit 2006 führt die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) im Partnernetzwerk mit der Unternehmensgruppe Gegenbauer, der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Deutsche Kreditbank Stiftung für gesellschaftliches Engagement das Programm „Sommercamp futOUR“ durch, in dessen Mittelpunkt drei Camps in den Sommerferien stehen.

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Berliner Hauptschülerinnen und Hauptschüler der 7. Klasse können in einem dreiwöchigen Feriencamp Schlüsselkompetenzen für ein zukünftiges Schul- und Berufsleben erwerben. In Berlin beginnt die Hauptschule erst mit der 7. Klasse. Mit einem Angebot zu Beginn der Hauptschulzeit werden die Kinder erreicht,

bevor Resignation und Perspektivlosigkeit keinen Raum mehr für anderes lassen. Mit Hilfe eines Maßnahmenkatalogs sollen Schüler/-innen:

- Freude an der Selbstwirksamkeit,
- Erfahrung der eigenen Fähigkeiten/Neigungen und
- Selbstbewusstsein sowie eine gestärkte Persönlichkeit

aus den Sommerferien mit nach Hause bringen. Für ehemalige Teilnehmer, die dann im Übergang von der 8. zur 9. Jahrgangsstufe stehen, gibt es im Folgejahr das Angebot, in einem zehntägigen Camp am Thema Berufsorientierung weiterzuarbeiten.

Zielgruppen sind ferner alle Personen mit erzieherischer Verantwortung im Umfeld der Kinder/Jugendlichen: Eltern, Lehrerschaft, Sozialpädagogische Fachkräfte. Mit dem Projekt erhalten sie Informationen, Unterstützung und Ermutigung.

MAßNAHMEN

Im Rahmen jeweils eines Jahres stehen seit 2006 zwei dreiwöchige Sommercamps (an zwei verschiedenen Orten) im Mittelpunkt, aber auch Vor- und Nachbereitung gehören zu dem Einjahresprogramm. Seit 2007 werden diese ergänzt durch das Camp „futOUR+“, das im Sinne eines Alumni-Angebots für die Teilnehmer in den jeweils darauffolgenden Sommerferien stattfindet.

VORBEREITUNG

- Schriftliche Informationen werden an Leiterinnen und Leiter Berliner Hauptschulen über das geplante Sommercamp (vor den Weihnachtsferien) versendet.
- Schulen senden (bis Ende Dezember) Interessensbekundungen an die DKJS (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung).

- Die DKJS bietet Informationsnachmittage für Schulen und sozialpädagogische Fachkräfte (Februar) mit Unterzeichnung einer Zielvereinbarung zwischen jeweiliger Schule und DKJS an.
- Bis zum Frühsommer bewerben sich interessierte Schülerinnen und Schüler (mit Unterstützung der Schule). Beispielsweise hatten sich für das Sommercamp 2007 147 Schüler von 26 Schulen beworben.
- Ein Beirat aus Vertretern des Unternehmens Gegenbauer, der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der DKJS, einer Hauptschule sowie der IHK Berlin sucht 80 bis 85 Bewerberinnen und Bewerber aus.
- Die DKJS veranstaltet Vorbereitungstreffen (Juni) für Schüler/-innen, Verbindungslehrer der Schulen und Eltern zur Information über das Camp. Ziel ist auch, Eltern auf die Wichtigkeit des Themas hinzuweisen.

FERIENCAMPS

Ferien camps finden statt: jeweils eins in Süddeutschland (Gästehaus Todtmoos), Norddeutschland (Jugendfreizeitstätte Bosau) sowie das futOUR+Camp in Brandenburg (Jugenddorf Gut Gnewikow). Ein Team von 19 sozialpädagogischen Fachkräften (Teamer) und drei Campleiter/-innen haben ein Programm vorbereitet, in dem gezielt berufsorientierende Angebote und selbstwertsteigernde sowie persönlichkeitsbildende Aktivitäten kombiniert werden:

Berufsfrühorientierung: In Gesprächsrunden und Informationsveranstaltungen seitens Unternehmen und Ausbildungsbetrieben (z.B. Deutscher Hotel- und Gaststättenverband, Fielmann-Akademie) setzen die Jugendlichen sich mit ihren Wünschen, Stärken, Schwächen und realistischen Chancen auseinander. Zwei ganze Tage sind reserviert für Betriebserkundungen wie z. B. in Konditoreien, KFZ-Werkstätten, Metzgereien, Einzelhandel, „Europapark Rust“. Die Betriebe in der Umgebung der Sommercamps vermitteln reale Einblicke in die Berufswelt. In Workshops üben die Schülerinnen und Schüler die Grundlagen von Gesprächsverhalten/Rhetorik, die Durchführung von mündlichen und schriftlichen Bewerbungen sowie Methoden zum Finden eines Praktikumsplatzes.

Gestaltete Zeit: In Kleingruppen werden Neigungen und Fähigkeiten erprobt. Die Themen reichen von Medien (Internet, Homepage-AG, Fotografie, Camp-Zeitung) über Kreativangebote (z. B. T-Shirts gestalten, Perlenketten knüpfen) bis hin zu Veranstaltungsorganisation (Planung und Durchführung des Bergfestes und der Abschlussparty). Die Jugendlichen entwickeln ein eigenes Projekt, das am Ende der Campzeit allen Teilnehmern präsentiert wird, wie z. B. ein Camp-Film,

die Camp-Zeitung, einen Begegnungsabend mit der gastgebenden Gemeinde oder „Circus & Theater – Wir proben die Show selbst“.

Aktive Freizeit: Sport- und Spielangebote gestalten die Jugendlichen selbst mit (für viele eine neue Erfahrung): Fußball, Schwimmen, Paddeln, Nachtwanderungen oder Klettern finden rund um die Camps statt.

Die am futOUR+Camp teilnehmenden Schüler, die auf dem Sprung in die 9. Klasse sind, vertiefen die im Vorjahr während der Sommercamps begonnene Berufsorientierung. Der Fokus liegt hier auf einer gezielten Vorbereitung der im folgenden Schuljahr anstehenden Betriebspraktika.

NACHBEREITUNG

Im September findet ein Nachtreffen aller Camp Teilnehmer auf Schloss und Gut Liebenberg bei Berlin statt. Hier treffen sich die Teilnehmer/-innen und Teamer von Nord- und Südcamp zu Wiedersehen und Erfahrungsaustausch. Höhepunkt ist die Verleihung eines Zertifikates über die Teilnahme am Sommercamp mit einer individuellen Beurteilung. Die Zertifikate werden durch Werner Gegenbauer überreicht, der mit seinem persönlichen Engagement das Programm ermöglicht hat. Gerade auch das Treffen mit Herrn Gegenbauer wird von den Jugendlichen als Aufwertung verstanden.

Direkt nach den Sommerferien findet ein Nachtreffen der pädagogischen Fachkräfte aus den beteiligten Schulen statt (Ort: DKJS, Berlin). Es wird über die im Sommercamp gemachten Erfahrungen informiert und in einem Workshop für jede Schule eine Strategie entwickelt, wie konkret an die Erfahrungen in den Camps angeknüpft werden und die Motivation der Jugendlichen im Unterricht und dort speziell zum Thema Berufsorientierung genutzt und weiter verstärkt werden kann.

ROLLE VON LAND UND KOMMUNEN

Für die Umsetzung von futOUR ist die Unterstützung des Landes Berlin (Berliner Senatsverwaltung/Schulverwaltung) unerlässlich. Diese Ressourcen und Netzwerke sind eine Grundlage des Gelingens, indem beispielsweise Informationen in Dienstberatungen und Einladungen an die Berliner Hauptschulleitungen von hier aus erfolgen. Während der Camps selbst ist eine breite Unterstützung in den jeweils gastgebenden Gemeinden für den Erfolg maßgebend. Kontakte zur örtlichen Wirtschaft, Aufmerksamkeit bei den Verwaltungsspitzen sowie eine interessierte Begleitung durch

die Lokalpresse geben den Jugendlichen ein Gefühl von Gastfreundschaft und ermöglichen den Organisatoren, ein passgenaues Programm umzusetzen.

FINANZIERUNG

Die Finanzierung des Programms für die dreijährige Pilotphase wird durch den Berliner Unternehmer Werner Gegenbauer und für die futOUR+ Camps durch die Deutsche Kreditbank Stiftung für gesellschaftliches Engagement gewährleistet. Unterstützt und getragen wird das Sommercamp durch ein Netzwerk, in dem sich die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit ihrer Fachexpertise sowie Unternehmen wie Siemens oder Computacenter durch Sachspenden engagieren.

UMSETZUNG UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Die ausführlichen Evaluationen (Fragebögen und Interviews) der bisherigen Sommercamps von 2006 und 2007 ergaben, dass die Sommercamps wichtige Entwicklungsprozesse ermöglichten: Berufswünsche wurden realistischer; Geschlechterklischees bezüglich von Lebens- und Berufsverläufen, insbesondere bei den jungen Mädchen, verringerten sich; die Teilnehmer/-innen konnten ihre eigenen Fähigkeiten besser identifizieren; der persönliche, zuwendende Kontakt mit den Teamern wurde als Gegengewicht („Ich bin wichtig“) zu der oft schon verinnerlichten Rolle „Verlierer“ gewertet.

Die Rückmeldungen aus den Schulen ergaben, dass für die Schüler nach den Sommercamps ein „neuer Blick auf Schule“ entstanden ist, der sich in neuer Motivation für einen guten Schulabschluss äußert.

Die beteiligten Lehrkräfte entwickeln unterschiedliche Strategien, wie sie die Erfahrungen aus den Sommercamps in den Unterricht einbauen: Beispielsweise werden Berichte der Jugendlichen aus den Sommercamps mit in den Unterricht aufgenommen oder Jugendliche stellen ihre Berufserfahrungen im Rahmen von Schulfesten und Elternabenden vor.

Nachdem die Modellprojekte ein Erfolg sind, wäre es zu begrüßen, wenn sich in vielen Bundesländern Träger zur Fortführung bzw. Implementierung von futOUR finden. In Sachsen, Hessen sowie Brandenburg sind die jeweiligen Kultusministerien bereits Kooperationen mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung eingegangen, um methodisch vergleichbare, jedoch auf die Zielgruppe von versetzungsgefährdeten Hauptschülern, ausgerichtete Camps durchzuführen. Erfolgsquoten von 80 bis 90% anschließend versetzter Teilnehmer bestätigen diesen Ansatz. Wesentlich ist, dass Träger gut vernetzt sind, im

Bildungs- und Jugendhilfebereich, aber nicht zuletzt auch auf dem Gebiet des Fundraising.

Aufgrund des großen Erfolges sollen die Sommercamps futOUR auch über 2008 hinaus fortgeführt werden. Gegenwärtig werden mit den Partnern Strategien hierfür entwickelt.

ERFOLGREICHE ARBEITSPRINZIPIEN

- Eltern werden bei der Hinführung von Kindern zur sinnvollen Gestaltung von außerschulischer Zeit unterstützt und auch in den Prozess eingebunden (Vorbereitungstreffen). Dies geschieht in einem Freiraum außerhalb des mit einem starken Negativimage verknüpften Raumes der Hauptschule.
- Gezielt gestaltete Ferienfreizeit wird genutzt, um Fähigkeiten zu entdecken und Kenntnisse bezüglich von Berufs-, aber auch Lebensgestaltung zu sammeln.
- Zentral ist der Aufbau einer persönlichen Beziehung zwischen den Teamern und den Jugendlichen im Verlauf der mehrwöchigen Camps.
- Vernetzung und Kooperation von Trägern, Schulen, Jugendhilfe und Unternehmen.

HÜRDEN

Die Durchführung der Sommercamps erfordert einen oder mehrere Großsponsoren, da sich die Kosten pro Sommercamp (mit allen dazugehörigen Maßnahmen) auf etwa 300.000 Euro belaufen.

LITERATUR

Gerull, Susanne / Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.): Evaluation des Sommercamps im Rahmen von futOUR 2007 (Endbericht). Berlin, 2007.

Leser, Irene / Lenge, Markus / Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.): Zusammenfassung der Evaluation des Alumni-camps futOUR +. Berlin, 2007.

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung DKJS (Hrsg.): O. Camp „Fit für die 9te“. Berlin, 2007.

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung DKJS (Hrsg.): Hintergrundinformation zum Sommercamp futOUR und futOUR +. Berlin, 2008.

Kontakt:

Wilke Ziemann
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH (DKJS)
Tempelhofer Ufer 11
10963 Berlin

Telefon: 030 25767631
E-Mail: wilke.ziemann@dkjs.de



„Kern des Erfolges ist die Motivation: Kindern muss der Wert von Arbeit deutlich gemacht werden. Damit stärken wir die Herkunftsfamilie jedes einzelnen, aber wesentlich auch die Familien, die unsere Schüler und Schülerinnen einmal gründen werden.“

(Jens Bachmann, Konrektor der Weißfrauenschule, Sprachheilschule in Frankfurt)

FÖRDERSCHULE „WEISSFRAUENSCHULE“ FRANKFURT (HESSEN)

AUSGANGSSITUATION

Die Weißfrauenschule ist die Sprachheilschule der Stadt Frankfurt am Main und hat derzeit 330 Schülerinnen und Schüler. Sie kommen vorwiegend aus den sozialen Brennpunkten der Stadt und den umliegenden Kreisen, ca. 40 % haben einen Migrationshintergrund. Es besteht erhöhter Förderbedarf aufgrund von Sprachentwicklungsverzögerungen, Lese-Rechtsschreibschwierigkeiten, Defiziten der Fein- und Grobmotorik und psychischen Problemen. Sehr häufig wachsen die Schülerinnen und Schüler in Familien auf, in denen kein Erwachsener einen Beruf ausübt, sodass den Kindern der Zugang zur Arbeitswelt über die Eltern verwehrt bleibt.

Mitte der 1990er Jahre war die Schule gekennzeichnet durch eine demotivierte Schüler- und Lehrerschaft. Die Vermittlungsquote in Ausbildung lag unter 5%. Prägend war der Kreislauf: Frühe Verinnerlichung von beruflicher Chancenlosigkeit – keine persönliche Zukunftsperspektive – keine Einsicht in die Notwendigkeit schulischer Leistung.

Das Leitungsteam der Schule stellte sich Ende der 1990er Jahre die Frage: „Wie muss Schule sich verändern, damit die Schülerinnen und Schüler eine reelle Chance auf dem Arbeitsmarkt haben?“

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Möglichst viele der Jugendlichen haben am Ende ihrer Schullaufbahn einen Ausbildungsplatz und schließen die Ausbildung erfolgreich ab. Damit wird die intergenerationelle Weitergabe der Benachteiligung von Eltern an Kinder unterbrochen.

MAßNAHMEN

Als notwendig hat sich eine umfassende, frühzeitige und konsequent zielorientierte Konzeption erwiesen. Isolierte und punktuelle Maßnahmen, wie z. B. ein Praxisjahr oder der Berufswahlpass, führen nicht zum Ziel.

Vernetzung

Initiiert, organisiert und gepflegt von der Schule ist in den letzten acht Jahren ein Netzwerk mit Betrieben, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Berufsschule, der Bundesagentur für Arbeit, der Universität Frankfurt, der EU-Kommission (Europäischer Sozialfonds) und einem Sponsor (Flughafenstiftung) entstanden.

Neue inhaltliche Konzeption der Schule

Die Orte und die Definition traditionellen Lernens von Heranwachsenden werden ausgeweitet: Unterricht bedeutet sowohl praktisches Lernen im Betrieb als auch theoretische Reflexion in der Schule, Unterrichtende sind sowohl die Lehrkräfte in den Schulen als auch die Fachleute der Betriebe. Insbesondere die Klassenlehrerinnen und -lehrer übernehmen elterliche Funktionen, indem sie nicht nur kognitive Potentiale fördern, sondern auch Verantwortung für die emotionale und soziale Entwicklung der Kinder übernehmen.

Die drei Säulen der Berufsreife sind:

- Beziehungsebene Lehrer/Schüler
- Vermittlung von berufsrelevantem Wissen
- Erlernen von „soft skills“



Das Unterrichtsgeschehen von der 5. bis zur 9./10. Klasse ist konsequent auf die Verbesserung der Berufsreife ausgerichtet.

BERUFSORIENTIERUNG IN VIER STUFEN

Stufe I (Klasse 5 und 6): Frühe Berufsorientierung

Ausgangsfragen:

„Wer bin ich?“, „Wie sieht die Arbeitswelt aus?“. Die Zugänge sind spielerisch: Rollenspiele (z. B.: „Überzeuge ein Gegenüber von deinem Berufswunsch“), Simulationen und Tests (z. B. Konfrontation von Eigen- und Außenwahrnehmung).

Formen:

- Zusatzkurs am Nachmittag (3x zwei Wochenstunden für jeweils 12 Kinder), durchgeführt durch externe Fachkräfte (Lehramtsstudenten/-innen mit Qualifikationen im Bereich Berufsfindung)
- Berufserkundungen durch Betriebsbesichtigungen und „Profis“ aus Handwerk und Industrie als Gäste der Schule
- Informationsveranstaltung für Eltern, Elterngespräche und, wenn möglich, deren Einbindung bei der Suche nach Betriebspraktikumsplätzen (gelingt mit ein bis zwei Eltern pro Jahr)

Stufe II (Klasse 7):

Vorbereitung der Wahl von Praktika

- Erstes Kennenlernen von Tätigkeiten und Arbeitsabläufen in zwei ausgewählten Berufen im Fach Arbeitslehre und im Rahmen von zwei zehntägigen Blockpraktika-Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit
- Auf die gewählten Berufe abgestimmte Angebote in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch

Stufe III (Klasse 8 und 9): Praxis-Qualifikation und Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis

Während der beiden Schuljahre erwirbt jeder praktische Erfahrungen und „soft-skills“ in drei ausgesuchten Berufen, durch einen Praxistag pro Woche in drei Betrieben. Unterteilung der Schuljahre 8 und 9 in drei Blöcke, jeder Block dient der Qualifizierung in einem Beruf.

Flexible Gestaltung des Lehrplanes in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Benötigt z. B. ein/e Schüler/-in der Klasse 8 Volumenberechnung im Betrieb, dann wird dieses Thema, das laut Curriculum für Klasse 9 vorgesehen ist, schon in Klasse 8 behandelt. Mit Englischbüchern wird nur noch selten gearbeitet. Die Fachlehrer haben in Arbeitsblättern zusammengestellt, was den Schülerinnen und Schülern für ihre Praktika nutzt. Anstatt der im Buch vorgesehenen Unterrichtseinheit „Besuch in Edinburgh“ geht es nun beispielsweise um die Kommunikation mit Hotelgästen.

Die Erfahrungen des Kollegiums und auch die Zahl und Qualität der erreichten Schulabschlüsse zeigen, dass sich die Motivation der Jugendlichen zum Lernen erheblich erhöht, wenn sie in ihrem Praktikum direkt vom Unterricht profitieren.

Stufe III (Klasse 10)

In dem für die Schülerinnen und Schüler freiwilligen 10. Schuljahr werden die bisher erworbenen Kenntnisse in der bekannten Form erweitert und vertieft.

Stufe IV (Ausbildungs- bzw. Lehrzeit): Durchhalten auch bei Schwierigkeiten

Die ehemaligen Klassenlehrerinnen und -lehrer begleiten ihre bisherigen Schülerinnen und Schüler und leisten bei Bedarf Krisenintervention. Dies gelingt aufgrund des jahrelang gewachsenen Vertrauensverhältnisses.



Sie halten Kontakt zu Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und kommunalen Angeboten wie ausbildungsbegleitenden Hilfen.

Lehrerinnen und Lehrer als „elterliche Personen“

Die Lehrerinnen und Lehrer übernehmen mit elterliche Funktionen, indem sie eine persönliche Beziehung zu jedem Kind aufbauen und Vorbildcharakter haben. Sie vermitteln die wesentliche Botschaft: Arbeit ist positiv, erstrebenswert, kann Erfüllung bringen. Nur so kann jeder einzelne Heranwachsende Leistungsstärke und Handlungsfähigkeit entwickeln. Denn überzeugen muss jeder den Betrieb selbst.

Aber auch die gesamte Organisation, sowie die inhaltliche Gestaltung der frühen Berufsförderung und die Suche nach Praktikumsplätzen obliegt der Verantwortung des Kollegiums. Die Eltern der Schülerinnen und Schüler werden dabei grundsätzlich eingebunden, aber in der Realität gelingt dies recht selten, da die Eltern oft keinen Kontakt mit der Berufswelt haben.

Qualifizierung der Fachkräfte an der Schule

Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung für die an der Berufsförderung beteiligten Lehrerinnen und Lehrer

FINANZIERUNG

Nach einer Anschubfinanzierung durch den Europäischen Sozialfonds (einmalige Zuwendung von 10.000 Euro), finanziert nun für zwei Jahre die Frankfurter Flughafenstiftung das Modell zur Verbesserung der Berufsreife mit 5.000 Euro pro Jahr.

WIRKSAMKEIT UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Positiver Kreislauf

Die frühzeitige Orientierung an der Arbeitswelt hat die Schülerschaft verändert. Es hat sich ein positiver Kreislauf, der durch Motivation gespeist wird, entwickelt: Der Praxisbezug zeigt, dass schulisches Lernen sinnvoll ist – Leistungswille steigt – Zukunftsperspektive wird erkannt.

Hohe Vermittlungsquoten

Die Vermittlungsquote in Ausbildung oder Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt ist von 5% (1999) auf über 70% (2007) gestiegen. Seit 2000 bewegt sie sich konstant zwischen 50 und 70%.

Der große Motivationsschub zeigt sich auch darin, dass nun eine hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern qualifizierte Abschlüsse erreichen: Während im Jahr 2000 noch fast 55% die Schule nur mit einem Abgangszeugnis, d. h. ohne Abschluss, verließen, erreichen die Jugendlichen heute eine fast hundertprozentige Abschlussquote (Hauptschulabschluss) und davon ein Drittel sogar einen Realschulabschluss, während dies im Jahr 2000 keinem einzigen gelang. 2008 hat die Situation sich sogar noch verbessert, was damit begründbar ist, dass die Schulabgänger ab dem Jahr 2007 das komplette Reformprogramm durchlaufen haben.

Durch die intensiven Betriebspraktika erhalten die Heranwachsenden einen Vorsprung vor anderen Bewerbern. Die Erfahrung zeigt: Wenn die Chemie stimmt, geben Betriebe demjenigen den Vorzug, der sich bereits bewährt hat.

Zudem wird der Übergang in die Berufsschule leichter, da gegenüber anderen Berufsschülern ein Informationsvorsprung besteht.



ERFOLGREICHE ARBEITSPRINZIPIEN

- Nachhaltige Orientierung ab der 5. Klasse an dem Ziel: Ausbildungsplatz und erfolgreicher Abschluss einer Berufsausbildung
- Berufsvorbereitung definiert als vielschichtiger, Zeit beanspruchender Prozess, der spätestens in Klasse 5 beginnt
- Systematischer Aufbau intrinsischer Lernmotivation ab Klasse 5 auf Grundlage der Beziehungsebene/ Vorbildcharakter und Erfahrungen mit der Arbeitswelt
- Planung und Durchführung des Prozesses liegen in der Verantwortung der Schule (Vernetzung, Unterrichtsgestaltung, begleitende Maßnahmen, persönliche Begleitung der Schülerinnen und Schüler, Fundraising)
- Konsequente Zielorientierung im Schulunterricht sowie in den Betrieben
- Curriculum der Schule wird den Erfordernissen der Praxis angepasst

HÜRDEN

Die Schule benötigt zusätzliche Lehrer- oder Sozialpädagogenstellen, um bewährte Konzepte umzusetzen, ohne auf die Selbstausschöpfung eines Kollegiums zu setzen. Ein Förderlehrgang, wie z. B. ein Berufsvorbereitungsjahr für Jugendliche ohne Lehrstelle, kostet pro Jahr und Person 10.000 Euro, fünf in den ersten Arbeitsmarkt vermittelte Jugendliche sparen 50.000 Euro (Finanzrahmen einer Lehrstelle). Dringend notwendig wäre es, wenn aus den Mitteln, die die Bundesagentur für Arbeit oder das Sozialministerium für Fördermaßnahmen ausgeben, Prävention statt „Reparatur“ ermöglicht würde.

Desiderat: Vernetzung zwischen Bundesagentur für Arbeit, Sozial- und Kultusministerium, um Strukturen im Bildungssystem zu verändern, die sich als nicht mehr zeitgemäß erweisen. Hierbei kann an praxisbewährte Konzepte, die bereits entstanden sind, angeknüpft werden.

LITERATUR

Kollegium der Weißfrauenschule Frankfurt am Main (Hrsg.): Weißfrauenschule, Sprachheilschule – Modell zur Verbesserung der Berufsreife. Frankfurt am Main, 2008.

Degussa AG / IHK (Hrsg.): Kontinuierliche Praxistage – Einstieg in die Arbeitswelt. Mülheim, 2004.

ZEIT-Stiftung/ Ebelin und Gerd Bucerius: Bucerius Lern- Werk, Engagement für Schüler an Haupt-, Gesamt-, Regional- und Sekundarschulen. Hamburg: ZEIT-Stiftung/Ebelin und Gerd Bucerius: Bucerius Lern-Werk, 2006.

Kontakt:

Jens Bachmann
Weißfrauenschule Sprachheilschule
Gutleutstraße 38
60329 Frankfurt am Main

Telefon: 069 21235670
E-Mail: weissfrauenschule@t-online.de
www.weissfrauenschule.de



„Die sozialpädagogische Begleitung ist der Schlüssel für den Einstieg in den Beruf. Ein Stück weit werden hier elterliche Funktionen ausgeübt.“

(Erich Felten, Leiter von Fahrradbude und Radstation)

FAHRRADBUDE UND RADSTATION IN BONN (NRW)

AUSGANGSSITUATION

Beliebigkeit als Lebensprinzip

Die Jugendlichen der Projekte haben in der Regel keinen oder einen sehr schlechten Hauptschulabschluss. Häufig stammen sie aus Elternhäusern, in denen kein Erwachsener einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Sie haben Arbeit nicht als etwas Erstrebenswertes erfahren, ebenso wenig verfügen sie über eine Sozialisation, in der Pünktlichkeit, Verantwortung und die Akzeptanz von Autorität vorgelebt wurden. Letztere Primärtugenden sind ersetzt durch das Prinzip der Beliebigkeit, allerdings unter dem Primat der augenblicklichen Erfüllung von Bedürfnissen, wie „Chillen“ mit Freunden, Computerspiele oder Konsum.

Hinzu kommt, dass in den letzten zehn Jahren immer mehr junge Erwerbslose bereits eine Familie gegründet haben, in Bonn ist es bereits die Hälfte derjenigen, die per Radstation und Fahrradbude für einen Beruf qualifiziert werden sollen. Dies bedeutet nicht nur erhöhte Schwierigkeiten für die jungen Eltern, sondern auch für deren Kinder, die wiederum durch Benachteiligung geprägt werden, wenn nicht interveniert wird („Sozialhilfekarrieren“ über Generationen hinweg). In der Stadt Bonn betreibt der Caritasverband in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur eine Fahrradbude und eine Radstation, um arbeitslosen jungen Erwachsenen eine Chance zu eröffnen.

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Zielgruppe sind erwerbslose junge Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren, die bereits Hartz-IV empfangen und oft aus einem Milieu der sozialen Benachteiligung stammen.

Ziel ist es, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit einer Beschäftigung zu bieten, Berufsorientierung sowie Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln und einen Einstieg in das Berufsleben zu fördern.

MAßNAHMEN

Mit einer Vielzahl von Maßnahmen wird die Arbeitsfähigkeit der jungen Erwachsenen gefördert.

Praxistraining

Die Radstation und die Fahrradbude bieten für insgesamt 40 junge Erwachsene (13 in der Fahrradbude, 27 in der Radstation) ein Übungsfeld im Bereich Zweiradmechanik und Kundenservice. Die Radstation, die direkt am Bahnhof Bonn, einem Verkehrsknotenpunkt, liegt, bietet einen dreiteiligen Kundenservice an: Fahrräder können hier auf 320 Stellplätzen geparkt werden (Monatsticket: 7,50 Euro), zudem gibt es einen Radverleih und einen Reparaturservice.

In der Fahrradbude werden gebrauchte Räder aufgearbeitet oder für Ersatzteile „ausgeschlachtet“. Die so gewonnenen Ersatzteile werden von Kunden im Umkreis von 100 bis 150 km lebhaft nachgefragt, da die Fahrradgeschäfte Ersatzteile für ältere Fahrräder oft nicht liefern können. Unter Hilfestellung von zwei Fachleitern lernen die jungen Erwachsenen das Reparieren von Fahrrädern, aber auch den Kundenservice durch Bring- und Abholdienste sowie kaufmännische Qualifikationen (Verkauf von Fahrrädern, Abwicklung von Verträgen, Führen von Kasse und Kundendatei). So stehen drei Berufsfelder zur Auswahl. Wesentlich für den Aufbau von Motivation erweist sich das Arbeiten im realen Berufsumfeld.

Individuelle Begleitung

Kern von Beschäftigungsfähigkeit ist die intensive Begleitung durch insgesamt drei sozialpädagogische Fachkräfte (2,25 Stellen). „Wenn die jungen Menschen zu uns kommen, schleppen sie in der Regel so viele Altlasten mit sich herum, dass sie den Kopf für einen Beruf nicht frei haben“ (Erich Felten). Zu den Altlasten gehören häufig: Schulden, Wohnungsprobleme, Gesetzeskonflikte, aber auch Sprachschwierigkeiten aufgrund eines Migrationshintergrundes. Erst wenn diese Altlasten angegangen werden, kann eine Berufsorientierung geschehen.

Unterricht in Kleinstgruppen

Wichtig ist auch die zusätzliche Qualifizierung durch Unterricht in unterschiedlichen Fachbereichen. Vier Stunden in jeder zweiten Woche unterrichtet eine Lehrkraft in Kleinstgruppen von drei jungen Erwachsenen. Themen sind:

- Berufsfeldorientierung
- Erstellen von Bewerbungsunterlagen
- Training von Vorstellungsgesprächen
- Vermittlung von EDV-Kenntnissen
- Deutsch
- Grundlagen Mathematik
- allgemeinbildende Themen
(z. B. Warum zahlen wir Steuern?)

Begleitend werden gezielt Bewerbungen gesponsert, von der Mappe bis zum Bewerbungsfoto.

ROLLE DER KOMMUNE

Fahrradbude und Radstation sind eng vernetzt mit der Berufsberatung und der Jugendberufshilfe der Stadt Bonn. Die jungen Erwachsenen werden angeleitet, Angebote, wie z. B. das Berufsinformationszentrum der Agentur für Arbeit, für sich zu nutzen. Die Stadt stellt auch die Räume der Radstation und Fahrradbude zur Verfügung.

FINANZIERUNG

Fahrradbude und Radstation tragen sich bis zu 40 % selbst (Erlöse aus Parkgebühr, Radverleih, Reparatur, Ersatzteilverkauf) und könnten diese Quote bei großzügigeren Räumlichkeiten noch steigern. Die weitere Finanzierung übernehmen die ARGE im Rahmen der Arbeitsgelegenheiten („1 Euro-Jobs“) und die Caritas.

UMSETZUNG UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Sowohl Fahrradbude als auch Radstation sind bis an den Rand der Kapazitäten ausgelastet und können die Nachfrage nicht befriedigen. Die alle zwei Jahre stattfindende Kundenumfrage ergibt kontinuierlich eine

positive Bewertung der Serviceeinrichtungen, die sich nach Kundenaussagen durch einen „sehr freundlichen und hilfsbereiten“ Umgang mit den Kunden auszeichnen.

In der Fahrradbude gelingt seit zwei Jahren bei 75 % der jungen Erwachsenen eine Vermittlung in Arbeit, Ausbildung und andere Maßnahmen, in der Radstation sind es ca. 50 %. Etwa 15 % aller Teilnehmer in Radstation und Fahrradbude gelingt der Sprung in eine betriebliche Ausbildung. Die meisten (20 bis 25 %) gehen in eine überbetriebliche Ausbildung (Verkauf, Malerei/Lackiererei, Metallbau) oder finden Arbeit (ca. 40 %) wie z. B. in einer Waschanlage oder als Fahrer. Bei 25 % der Teilnehmer gelingt keine Vermittlung, weil sie schon in den ersten Wochen die Qualifizierungsmaßnahmen in Radstation und Fahrradbude abgebrochen haben. Allerdings brechen von den erfolgreich Vermittelten in Ausbildung und Arbeit schätzungsweise ca. 30 % den Einstieg ins Berufsleben wieder ab.

ERFOLGREICHE ARBEITSPRINZIPIEN

- Persönliche/Individuelle Begleitung (hier: durch sozialpädagogische Fachkräfte) als Schlüssel für gute Vermittlungsquoten in Arbeit
- Training berufsrelevanter Qualifikationen in drei konkreten Berufsfeldern
- Vernetzung und Zusammenarbeit mit kommunalen Einrichtungen wie Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe, Suchtberatung, Berufsberatung und ARGE
- Nachbesserung schulischen Wissens in Deutsch, Mathematik und Allgemeinbildung

HÜRDEN

Die Fehlzeitquoten und die Haltung der Beliebigkeit haben sich in den letzten zehn Jahren dramatisch erhöht.

LITERATUR

*Caritasverband für die Stadt Bonn e.V. (Hrsg.):
Projektbeschreibung Fahrradbude und Radstation.
Bonn, Caritasverband für die Stadt Bonn e.V., 2008.*

Kontakt:

Erich Felten
Radstation und Fahrradbude
Caritasverband für die Stadt Bonn e.V.
Quantiusstraße 26
53115 Bonn

Telefon: 0228 9814636

E-Mail: radstation@caritas-bonn.de

HEIMAT UND ZUGEH SCHAFFEN ZUGEHÖ

Fragt man Eltern nach ihren Wünschen, so steht eine Entlastung von Zeitnot ganz oben auf der Wunschliste, aber auch der Erwerb von Wohneigentum und soziale Kontakte im Wohnumfeld sind Eltern wichtig. Hierzu gehören auch neue Wohn- und Lebensformen, die angesichts des gesellschaftlichen und demographischen Wandels auch in Zukunft das Zusammenleben mehrerer Generationen ermöglichen.

In Kommunen kann auf alle diese Bereiche Einfluss genommen werden. Vor Ort können Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen von Menschen mit Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige entgegenkommen.

Eine neue Zeitpolitik, aber auch die organisatorische und finanzielle Unterstützung bei der Gestaltung des Wohnens trägt zur Attraktivität von Kommunen bei. Es profitieren die Menschen vor Ort und die Kommunen, die zur Erhaltung ihrer Infrastruktur darauf angewiesen sind, dass Menschen sich an einen Standort binden und sich ihm gegenüber verantwortlich fühlen.

ÖRIGKEIT

RIGKEIT





EINE NEUE ZEITPOLITIK FÜR FAMILIEN

„VOM ZERSPLITTERTEN ALLTAG ZUR EINHEIT DES ALLTAGS“

Der Alltag von Familienmitgliedern wird durch Arbeitszeiten, Betreuungs- und Schulzeiten, Arzttermine, Erledigungen und Behördengänge, sowie durch Sport- und Freizeitaktivitäten von außen bestimmt. Selten sind diese Zeitvorgaben sinnvoll aufeinander abgestimmt, der Takt des öffentlichen Lebens schlägt nicht synchron im Takt eines Lebens mit Fürsorgepflichten in der Familie (Mückenberger, 2007). Dies geht zu Lasten der Eltern, die auf öffentliche Einrichtungen angewiesen sind und deren Alltag oft genug einem Hürdenlauf gleicht. Beispiele sind Vormittagstermine an Elternsprechtagen in Schulen, bei Paketzustelldiensten, bei Behördenöffnungszeiten und in Arztpraxen.

Anhand eines Beispiels möchten wir zeigen, wie eine Stadt ihre Attraktivität steigert, indem sie mehr Lebensqualität durch eine bessere Balance von Familie und Arbeits- bzw. Lebensumfeld schafft.

Immer in Hektik?

Wir schenken Ihnen

ZEIT

für eine kleine Pause, zum Bummeln,
oder um in Ruhe zu Shoppen.

Zeitkompetenz –
Wurzel von Lebensqualität

FAMILIENGERECHTES HANAU (HESSEN)

EINE STADT BAUT ZEITBRÜCKEN ZUR VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

AUSGANGSSITUATION

Ausgehend vom Frauenbüro der Stadt wurde in Hanau schon Mitte der 1990er Jahre erkannt, dass der Alltag für Eltern trotz der Existenz von Kinderkrippen, -horten und Kindertagesstätten oft von erheblichem Zeitstress geprägt ist. Die Repräsentantinnen von Verbänden, Parteien und Bürgerschaft berichteten im Hanauer Frauenplenum, dass Familien tagtäglich mit oft unlösbaren Problemen konfrontiert werden: Wie bringe ich mehrere Kinder zum Kindergarten/zur Schule und komme pünktlich zur Arbeit? Wer ist zu Hause, wenn Handwerker und Post kommen? Wann können Arzttermine etc. wahrgenommen werden, ohne dafür einen Tag Urlaub nehmen zu müssen? Bei der Pflege erkrankter Angehöriger strebt der Anteil der Zeit von Pflegenden für sich selbst gegen Null: Selbst ein Friseurbesuch, die Wahrnehmung einer Einladung zum Nachmittagskaffee oder ein Einkauf werden häufig zum unlösbaren Problem.

Die im Frauenplenum vertretenen Frauen suchten zusammen mit dem Frauenbüro nach Lösungsmöglichkeiten und stießen auf das Potential einer innovativen Zeitpolitik. Seit Oktober 2004 (bis September 2006) hat das Frauenbüro das Projekt „Familiengerechtes Hanau“ koordiniert und nach Projektende die Implementierung begleitet. Die Schirmherrschaft einer neuen Zeitpolitik übernahm der Oberbürgermeister Klaus Kaminsky. Seit Beendigung des Projekts führt das Frauenbüro federführend die Arbeit fort (vgl. Finanzierung).

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Ziel der neuen Zeitpolitik ist, den täglichen Zeitstress für Erziehende und Pflegende zu reduzieren. Es geht um eine deutliche Steigerung der Lebensqualität in den Familien und um eine bessere Balance von Familie und Beruf durch familienfreundliche „Zeitbrücken“, „Zeitfenster“ und „Zeitinseln“.

MAßNAHMEN

Im Rahmen des Projektes entstand bereits in kurzer Zeit ein Netzwerk mit dem Ziel, Zeittakte im Arbeitsleben, im Nahverkehr, bei Dienstleistungen und Behörden aufeinander abzustimmen. Schon bei der Planung des Projektes wurde auf eine möglichst breite Beteiligung aller Kräfte, die über Zeitgestaltung entscheiden (u. a. private und freie Träger, Verbände, Einzelhandel, Unternehmen), in der Stadt geachtet, die in einem Projektbeirat zusammengefasst wurden. Sowohl während des Projektes als auch nach Projektabschluss gehören Denkwerkstätten und regelmäßige Diskussionsveranstaltungen für alle Bürgerinnen und Bürger zur Zeitpolitik der Stadt. Diese Veranstaltungen ziehen bis heute jedes Mal über 100 Interessierte an.

Dienstleister schaffen „Zeitfenster“

Auf Initiative des Projektes werden in Zusammenarbeit mit den Dienstleistern Post, Ärzten, Handwerksbetrieben, dem Einzelhandel, der Verwaltung und den Stadtwerken Öffnungszeiten und Serviceangebote familienfreundlicher gestaltet.

Nach mehreren Treffen zwischen der Koordinierungsstelle für Zeitfragen, dem Oberbürgermeister und der Ärzteschaft der Stadt richteten 13 Praxen familienfreundliche Öffnungszeiten an Samstagvormittagen und zur Abendzeit ein. Sie sind im Internet abrufbar.

Auf Einladung der Projektleitung, der Kreishandwerkerschaft und des Oberbürgermeisters wurde mit den Handwerksbetrieben vor Ort die Einführung familienfreundlicher Öffnungszeiten diskutiert, worauf nach und nach rund 40 Betriebe ihre Öffnungszeiten veränderten bzw. erweiterten. Diese Betriebe sind im Internet und auch in Papierform veröffentlicht.

Die Koordinierungsstelle gibt einen „Familienfreundlichen Stadtplan“ von Hanau heraus, in dem familienfreundliche Orte in der Stadt eingezeichnet sind, wie z. B. Geschäfte mit Spielecken, Wickeltischen und Ausruhlplätzen für Ältere.

Nach einer Überprüfung der Servicezeiten der Verwaltung wurden die Öffnungszeiten erweitert und es ist in allen Ämtern und Fachbereichen möglich, Termine auch außerhalb der Sprechzeiten zu vereinbaren.

„Zeitbrücken“

Die Koordinierungsstelle vermittelt Eltern, die stundenweise Kinderbetreuung suchen, an ehrenamtliche Seniorinnen und Senioren. Hierzu gehört die Einrichtung einer Datenbank für Kinderbetreuungs-Suchende und -Bietende mit Kriterien, die eine passende Zuordnung nach Stadtteilen, Zeiten, Alter der Kinder usw. ermöglichen.

Mit den Ehrenamtlichen werden persönliche Erstgespräche geführt, bei Fragen und Schwierigkeiten bietet das Koordinationsbüro für Eltern und Ehrenamtliche Begleitung an. Die Nachfrage der „Zeitbrücken“ seitens junger Eltern ist so groß, dass hier mittlerweile der Schwerpunkt der Zeitpolitik liegt.

Von den 120 suchenden Eltern, die die Datenbank bereits verzeichnet, benötigt ca. die Hälfte eine stundenweise Kinderbetreuung, um ihre Berufstätigkeit ausüben zu können. Viele brauchen eine Randbetreuung vor oder nach der Kindertagesstätten-Öffnungszeit. Auch die Zeiten der Rekonvaleszenz von Kindern (nach einer Krankheit, bevor sie wieder in die Einrichtung gehen können) möchten viele Eltern gerne mit einer Zeitbrücke lösen. Annähernd die Hälfte der Suchenden formulierte den Wunsch nach Kontakt zur älteren Generation für ihre Kinder, da kein Bezug zu den leiblichen Großeltern vorhanden ist.

Die Motive der Ehrenamtlichen, Kinderbetreuung anzubieten, speisen sich vorwiegend aus dem Wunsch, den Kontakt zu Kindern nicht zu verlieren und eine sinnvolle Tätigkeit auszuüben. Für die Ehrenamtlichen gibt es Fortbildungsveranstaltungen und Gelegenheit zum Informationsaustausch.

„Zeitinseln“

„Wer pflegt die Pflegenden?“ ist ein Dauerthema für die Menschen in der Stadt und somit auch zum Thema der Zeitpolitik geworden. Auch hier fungiert das Koordinationsbüro als Stelle, die Entlastungsuchende mit ehrenamtlichen Hilfsangeboten zusammenbringt. Derzeit bestehen ca. zehn Zeitinseln zur Entlastung von Pflegenden, in deren Rahmen Ehrenamtliche Pflegegedürftigen vorlesen, ein nettes Gespräch mit ihnen führen oder mit ihnen spazieren gehen.

Vernetzung

Das Projekt hat erreicht, dass sich das Spektrum familienpolitisch aktiver Partner ständig erweitert – Zeitpolitik für Familien ist zur Gemeinschaftsaufgabe geworden. Beteiligt sind bereits die Stadtverwaltung, Unternehmen, Gewerkschaften, der Einzelhandel, Kammern, Vereine, Verbände, Stiftungen sowie die evangelische und katholische Kirche, Ärzte/innen, Schulen, Sportvereine und Anbieter aus dem Kulturbereich.

ROLLE DER KOMMUNE

„Der Oberbürgermeister hat Zeitpolitik zu seinem Thema gemacht.“ (Imke Meyer, Frauenbüro)

Die aktive Unterstützung des Oberbürgermeisters gilt als wichtige Voraussetzung für die Neugestaltung der Zeitstrukturen in der Stadt. Der Bürgermeister begleitet und eröffnet alle öffentlichen Projektveranstaltungen und übernimmt zusammen mit dem Koordinationsbüro die erste schriftliche oder mündliche Kontaktaufnahme mit Projektpartnern wie z. B. der Post/DHL, der Ärzte- und Handwerkerschaft.

Die initiierende und tragende Rolle spielt das städtische Frauenbüro, das den durch die Bürgerschaft artikulierten Bedarf als erstes aufnahm und schon seit 1996 an der Verwirklichung einer neuen Zeitpolitik arbeitet. Das Frauenbüro holte auch 2004 das Projekt „Familiengerechtes Hanau – eine Stadt baut Zeitbrücken“ mit Fördermitteln (vgl. Finanzierung) nach Hanau. Dieses Projekt konnte maßgeblich auf den Vorleistungen des Frauenbüros aufbauen und schnell in vielen Bereichen Ziele erreichen.



FINANZIERUNG

Die Finanzierung des Projektes geschah für zwei Jahre durch die Fördermittel des Bundesfamilienministeriums und des Sozialfonds der EU. Nach Auslaufen der Fördermittel beschäftigte die Stadt Honorarkräfte im Frauenbüro, bis ab November 2008 trotz generellem Einstellungsstopp eine halbe Stelle für die Koordination der Zeitpolitik, insbesondere der Zeitbrücken, bewilligt wurde.

UMSETZUNG UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Von allen Teilprojekten verzeichnen vor allem die „Zeitbrücken“ einen regelrechten Boom. Die Nachfrage der Eltern ist so groß, dass das Koordinationsbüro nicht nachkommt.

Aufgrund der regen Nachfrage werden die Vater-&-Kind-Angebote, die im Rahmen des Projekts begonnen wurden, ausgebaut. Hier bietet die Stadt Wochenenden an, die Kinder und Vätern zusammen Abenteuer ermöglichen, wie z. B. Klettertouren und Geisterjagden im Museum.

ERFOLGREICHE ARBEITSPRINZIPIEN

Die „Zeitbrücken“ als Schwerpunkt der Zeitpolitik sind in der Verwaltung, Unternehmerschaft und in Institutionen für kleine Kinder der Stadt etabliert.

Die Stadt, repräsentiert durch das Frauenbüro, reagiert auf aktuelle Lebenslagen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger

HÜRDEN

Die Nachfrage an Seniorinnen und Senioren für die „Zeitbrücken“ und auch „Zeitinseln“ ist sehr viel größer als das Angebot. Es ist schwierig, einen Kreis von ehrenamtlich Tätigen zu finden, die die Verbindlichkeiten im Rahmen der Zeitbrücken erfüllen können

und möchten. Eine weitere Hürde ist, dass Familien sehr oft eine Kultur der Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit vermissen lassen, was die Anwerbung von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern erschwert.

Es gibt auch kulturelle Hürden, wie z. B. bei Handwerkern, die ungewöhnlich späte Anfangszeiten, wie 9 Uhr morgens als „ehrenrührig“ betrachten, unabhängig davon, wie lange sie abends noch arbeiten.

LITERATUR

Frauenbüro der Stadt Hanau: Projektskizze: Innovationspilot Balance. Beruhend auf fachlich-wissenschaftlicher Beratung durch das Deutsche Jugendinstitut München. Hanau: Stadt Hanau, 2004.

Projekt „Familiengerechtes Hanau“ – eine Stadt baut Zeitbrücken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Projektbericht. Hanau: Stadt Hanau, 2007.

Europäische Union/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Lokale Bündnisse für Familien: Familiengerechtes Hanau. Auswertung der Befragung zum Thema „Sprechzeiten und familienfreundliche Angebote in Arztpraxen der Stadt Hanau“. Hanau: Stadt Hanau, 2005.

Familienfreundliche Öffnungszeiten Hanauer Arzt-, Zahnarztpraxen, von Hanauer Handwerksbetrieben, der Stadtverwaltung Hanau. Hanau: Stadt Hanau, 2006.
<http://www.hanau.de>

Kontakt:

Imke Meyer
Kommunale Frauenbeauftragte der Stadt Hanau
Am Markt 14-18
63450 Hanau

Telefon: 06181 295467
E-Mail: imke.meyer@hanau.de



ISOLATION VORBEUGEN

„NEUE IDEEN FÜR NETZWERKE VON JUNG UND ALT“

Bedingt durch den demographischen und gesellschaftlichen Wandel (Alterung, Zunahme von Scheidungen, von Single- und mobilen Haushalten des „living-together-apart“) werden traditionelle Wohn- und Lebensformen den Bedürfnissen einer steigenden Zahl von Menschen nicht mehr gerecht. Mit den veränderten demographischen und gesellschaftlichen Verhältnissen ändern sich auch die Anforderungen an Wohnraum und die Bildung sozialer Netzwerke.

Weniger denn je können sich die ältere und die jüngere Generation mit Selbstverständlichkeit auf ein tragfähiges Familiensystem stützen. Diese Entwicklung wird sich in naher Zukunft fortsetzen, wenn beispielsweise die große Zahl kinderloser Menschen aufgrund fehlender Enkel kaum noch selbstverständlich in Kontakt mit Kindern kommt. Hier bieten neue Wohn- und Lebensformen eine mögliche Antwort. Auf der Suche nach ihnen sind wir auf ein zukunftsweisendes Projekt in Emsdetten gestoßen.



*„Wer hier einzieht, wird weiter mit Kindern leben.“
(Elisa Fröhlich, Projektinitiatorin und -leiterin)*

WOHNIDEE FÜR DIE ZUKUNFT: „HOF-EICHE-24“, EMSDETTEN

AUSGANGSSITUATION

In zahlreichen Städten mittlerer Größe, wie z. B. in Emsdetten (ca. 30.000 Einwohner), findet derzeit in Wohngebieten, die in den 1960er und 1970er Jahren um das Zentrum herum wuchsen, ein „Entmischungsprozess“ statt. Aus den Einfamilienhaussiedlungen, in denen viele Kinder lebten, sind nun Wohngebiete mit vorwiegend älteren Menschen geworden. Viele eigentlich attraktive Quartiere verlieren durch Entmischungsprozesse ihre Anziehungskraft für junge Familien mit kleinen Kindern.

Auslöser für die Projektidee „Hof-Eiche-24“ war die persönliche Betroffenheit der Projektinitiatorin, Elisa Fröhlich, mit der Alterssituation der Eltern und der Wille, die eigene Zukunft anders zu gestalten. Zusammen mit einem Investor ergriff sie die Initiative für das Projekt (Planung, Grundstückskauf, Kontakt zu Architekten und Interessenten).

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Mit dem Wohnprojekt „Hof-Eiche-24“ soll für Menschen eine neue Art zu wohnen und zu leben geschaffen werden. Kern des Projekts ist eine „verbindliche Nachbarschaft“, in der Menschen ein soziales Netzwerk gestalten, das die traditionell einer Familie zugeschriebenen Funktionen ersetzen oder zumindest ergänzen kann. Ziel ist ein Leben, das soziale Integration und das Gefühl, gebraucht zu werden, vermittelt.

Zielgruppen sind jüngere und ältere Erwachsene in allen Lebensformen, als Paare, Singles oder Familien mit Kindern.

MAßNAHMEN

Bauphasen

Mitte des Jahres 2005 begann das Projektkernteam, bestehend aus der Projektinitiatorin und dem Hauptinvestor, mit dem Bau der sechs geplanten Mehrfamilienhäuser, mitten in einer gewachsenen Einfamilienhaussiedlung Emsdettens. Die Häuser des Wohnprojekts stehen einander zugewandt, mit einem Freizeithaus in der Mitte. Zu den Häusern gehören auch ein Gemeinschaftsraum und eine Sauna im Kellerbereich. Im Keller und in den Erdgeschossen befinden sich eine Yogaschule und Praxisräume. Großen Wert gelegt wird auf eine hochwertige und architektonisch ansprechende Gestaltung. Leitendes Bauprinzip ist, „dass sich Menschen hier entfalten können“. Die Wohnungen konnten während der Bauphase vergrößert oder verkleinert werden, von 50 bis 140 Quadratmetern. Investor und Wohngruppe einigten sich auf den Einsatz einer Erdwärmehheizung, eine umweltfreundliche Alternative zu den herkömmlichen Heizungsarten.

Mittlerweile sind fünf Gebäude in drei Bauphasen fertiggestellt und bezogen, für das geplante sechste Gebäude werden vor Baubeginn derzeit Käufer bzw. Investoren angeworben.

Um das Kernteam, das auch in dem Wohnprojekt lebt, entstand nach und nach ein Kreis von interessierten Mietern und Käufern. Erfahren hatten sie von dem Projekt durch die Presse, die Vorstellung des Projekts in örtlichen Tageszeitungen, durch Flyer an öffentlichen Stellen und Teilnahme an Messen wie z. B. dem „Wohntag 2007“ in Osnabrück.

Projektleitung

Die Projektleitung, die in den ersten drei Jahren der Projektentwicklung ein ehrenamtlich ausgeübter Fulltime-Job ist, schafft einen für den Projekterfolg unentbehrlichen Rahmen bezüglich Orientierung und Kooperation. Sie bietet Interessenten eine verlässliche Anlaufstelle, z. B. für persönliche Einzelgespräche, in denen Informationen ausgetauscht und auch Wohnwünsche und Interessenlagen potentieller Mitbewohner erörtert werden. Während der Bauphasen bildet die Projektleitung das Bindeglied zwischen Bauherren, Architekt und der bereits bestehenden Wohnprojektgruppe. Ein Aufgabenfeld ist z. B. die Vor- und Nachbereitung sowie Begleitung gemeinsamer Besprechungstermine. Die Projektleitung koordiniert u. a. auch die zweiwöchigen Treffen der Wohnprojektgruppe, das offene Treffen in den Gemeinschaftsräumen für „Wohnprojektler“ und neue Interessenten.

Die Wohngruppe

In die regelmäßigen Treffen der Wohngruppe werden auch diejenigen eingebunden, die sich neu für ein Leben in „Hof-Eiche-24“ entschieden haben. Die Ergebnisse der Zusammenkünfte werden von der Projektleiterin protokolliert. Zu den thematischen Schwerpunkten gehören Bebauungsplanung mit dem Architekten, finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen, die Gestaltung von Gemeinschaftsräumen und Außenanlagen sowie die Planung gemeinsamer Aktivitäten. Im Juni 2007 gründeten die Mieter und Besitzer der Wohnungen sowie Freunde und Förderer des Projekts den Verein „Hof-Eiche-24 e.V.“. Ziel ist, die Projektidee zu sichern und eine Struktur zu schaffen, die Alltagskonflikte auffangen kann und Platz für Freunde und Förderer der Idee bietet. Mit dem Wachsen der Wohngruppe werden verschiedene Aufgaben auf den Vereinsvorstand und Arbeitsgruppen verteilt, die sich beispielsweise in die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Finanzen und Moderation eingearbeitet haben. Bei rechtlichen Fragen wird der Verein von einem Anwalt unterstützt.

Die Mitglieder des Vereins befassen sich in Wochenendseminaren mit inhaltlichen und rechtlichen Fragen des Projekts (z. B. der Abfassung von Erbbaurechts- und Mietverträgen, Hausordnungen etc.).

Das Wohnprojekt beruht auf dem Willen der Beteiligten, Kommunikation in der Nachbarschaft aktiv zu gestalten, aber es herrscht kein Zwang. Für soziale Verbindlichkeiten sind klare Grenzen definiert, beispielsweise gibt es keine Erwartungen an die Übernahme pflegerischer Hilfen zwischen den Mitgliedern des Wohnprojekts. Dies soll in erster Linie durch eigenverantwortlich beauftragte Pflegeanbieter erfolgen.

ROLLE DER KOMMUNE

Die Stadt Emsdetten unterstützt die Initiative durch den Bürgermeister in Form von Präsenz bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen des Wohnprojekts. Die Kommune erwartet von Wohnprojekten wie diesem mittelfristig eine Entlastung, da hier soziale Netzwerke geknüpft werden und so für Ältere wie für Jüngere eine höhere Lebensqualität entsteht. Somit wird sich von dem Projekt eine entlastende Funktion für sozialstaatliche Einrichtungen versprochen. Allerdings bietet die Kommune dem Projekt keine finanzielle Unterstützung, was auch daran liegt, dass das Wohnprojekt nicht in herkömmliche Strukturen passt und Fördertöpfe fehlen.

FINANZIERUNG

Die Investitionskosten für das Grundstück und die bisher fertiggestellten fünf Gebäude wurden weitestgehend von dem Hauptinvestor übernommen. Die Finanzierung des Projekts erfolgt im Wesentlichen durch Vermietung und Verkauf der Wohnungen im Erbpachtssystem. Miet- und Kaufpreise bewegen sich im Rahmen der für diese Region üblichen Preise. Die Gemeinschaftsräume werden vom Investor finanziert und an den Verein vermietet. Die Sauna- und Fitnessräume sowie der Versammlungsraum und das Gästeappartement werden von den Bewohnern gemeinsam benutzt und durch Untervermietung mitfinanziert.

Der Verein hat eine Gemeinschaftskasse angelegt, in die die erwachsenen Gruppenmitglieder einen monatlichen Beitrag von 5 Euro (Vereinsbeitrag), 10 Euro für Gemeinschaftsräume und 10 Euro für die Pflege der Wohnanlage zahlen. Kinder bis zwölf Jahre sind beitragsfrei, danach werden die Beiträge je nach Alter und Geschwisterzahl gestaffelt.

UMSETZUNG UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

- Zurzeit leben 38 Menschen im Alter von 8 bis 82 in „Hof-Eiche-24“ (34 Erwachsene und 4 Kinder), davon sind 11 Menschen aus dem weiteren Umfeld wegen des Modells nach Emsdetten gezogen.
- In die Gewerberäume sind eine Yoga-Schule, ein EDV-Unternehmen und eine Praxis für Persönlichkeitsentwicklung eingezogen.
- Die ersten Bewohnerinnen und Bewohner leben seit zwei Jahren hier, andere sind ganz neu.
- Es haben sich erste freiwillige Aktivitäten entwickelt, in denen persönliche Fähigkeiten in die Gemeinschaft eingebracht werden, wie z. B. ein PC-Kurs, eine Nordic-Walking-Gruppe. Es werden



Veranstaltungen wie Sommerfest oder Reibekuchen-Wettessen gemeinsam organisiert, eine Bewohnerin erteilt einem der Kinder Klavierunterricht.

ARBEITSPRINZIPIEN

- Aus dem konkreten Bedarf an neuen Wohn- und Lebensformen entsteht eine kleine Siedlung, in der Menschen unterschiedlicher Generationen eine neue Form gemeinschaftlichen Lebens suchen.
- Idee, Initiative und Durchführung geschehen auf privater/ehrenamtlicher Basis.
- Die Kommune leistet ideelle Unterstützung.

HÜRDEN

Bei der Realisierung des Projektes sind viele Hürden zu überwinden. Zunächst sind eine Projektleitung und eine Anschubinvestition notwendig, unabhängig von öffentlichen Hilfen. Ohne Projektleitung würde eine Interessentengruppe zerfallen.

Es stellt auch eine Schwierigkeit dar, dass insbesondere junge Familien mit Kindern, aber auch Menschen mittleren Alters, sich schwer tun, das Idealbild vom eigenen Haus als Garant für Lebensglück realistisch zu sehen. Hinzu kommt, dass Kommunen die Eigenheimbildung fördern und nicht den Aufbau neuer Wohn- und Lebensformen.

Der ungewöhnliche Zuschnitt des generationenübergreifenden Wohnens hat sich in der Öffentlichkeit erst langsam durchgesetzt, insbesondere eine Abgrenzung zu Wohngemeinschaften oder betreutem Wohnen ist nicht ganz einfach zu vermitteln.

LITERATUR

Wohngemeinschaft Hof-Eiche-24: Hof-Eiche-24 Generationsübergreifendes Wohnprojekt. Emsdetten, 2008.
<http://www.hof-eiche-24.de>

Schmiese, Wulf: Jede Menge Omas. In Emsdetten wollen Junge und Alte zusammenziehen. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 04.06.2006, Nr. 22.

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (Hrsg.): Neue Wohnprojekte für ältere Menschen. Gemeinschaftliches Wohnen. Beispiele und Wege der Umsetzung. Düsseldorf, 2006.

Kontakt:

Elisa Fröhlich
Postfach 1661
48274 Emsdetten

Telefon: 02572 959353
E-Mail: info@hof-eiche-24.de
www.hof-eiche.24.de



WOHNEIGENTUM FÜR FAMILIEN IN DER MITTE DER GESELLSCHAFT

„FREIRÄUME UND FINANZIELLE SICHERHEIT“

Der Wunsch von Eltern nach Wohneigentum ist in vielerlei Hinsicht zu begrüßen, denn ausreichender Wohnraum beeinflusst die Entwicklung von Kindern positiv, ist ein wichtiger Beitrag zum Gesundheitsschutz und für das emotionale Wohlbefinden der Familie. Zusätzlich bietet Eigentum die beste finanzielle Absicherung im Alter. Allerdings sind Paare mit Kindern im Vergleich zu kinderlosen Paaren mit sehr viel höheren Restschulden belastet, die das Budget aller Familienmitglieder erheblich schmälern (bei Paaren mit zwei und drei Kindern haben mehr als vier von fünf Haushalten Restschulden von bis zu 100.000 Euro).

Erschwerend kommt hinzu, dass Ende 2005 die Eigenheimzulage auf Bundesebene abgeschafft wurde und anschließend die Mehrwertsteuer anstieg. In der Folge haben sich die Baugenehmigungszahlen bis heute nahezu halbiert. Insbesondere junge Familien mit mehreren Kindern und einem durchschnittlichen Einkommen scheitern bei der Verwirklichung eines Haus- oder Wohnungserwerbs an den von den Banken geforderten 20 bis 30% an Eigenkapital.

Hier haben Kommunen begonnen, nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse, Familien mit großzügigen finanziellen Zuschüssen beim Kauf von Wohneigentum finanziell zu fördern. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit ihrem Best-Practice-Bericht (2006) als erste auf die Entstehung kommunaler Eigenheimzulagen hingewiesen und setzt diese für Familien wichtige Thematik nun fort.



„Link des Monats“ der Stiftung Warentest (06/07) –
Berichte in der ARD-Fernsehsendung „Bauen und
Wohnen“ (06/07 und 12/07) – FOCUS online (10.10.07)

DIE FÖRDERDATENBANK DER „AKTION PRO EIGENHEIM“

AUSGANGSSITUATION

Viele Städte und Gemeinden leiden unter Einwohner-schwund. Wo Bürger abwandern, verschwinden nach und nach auch Schulen, Geschäfte, Bankfilialen und Restaurants. So haben immer mehr Kommunen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung begonnen, um junge Familien zu werben. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit ihrem Best-Practice-Bericht „Kinder, Kinder...“ (2006) als erste auf die Entstehung kommunaler Eigenheimzulagen hingewiesen und die Stadt Kaufbeuren für ihre Familienbauförderung öffentlich ausgezeichnet. Die „Aktion pro Eigenheim“ griff diese Idee auf und richtete im April 2007 eine Onlinedatenbank ein (www.aktion-pro-eigenheim.de), in der erstmalig ein umfassender Überblick über die Förderangebote von derzeit 286 Städten und Gemeinden gegeben wird.

ZIEL UND ZIELGRUPPEN

Ins Leben gerufen vom Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e. V., setzt sich die „Aktion pro Eigenheim“ als politische Interessenvertretung für eine im europäischen Vergleich angemessene Förderung von Wohneigentum ein.

Mit der bisher einzigartigen Onlinedatenbank (www.aktion-pro-eigenheim.de) möchte die „Aktion pro Eigenheim“ jungen Familien als potentielle Bauherren die mühsame Recherche nach einzelnen Angeboten abnehmen und mit einem umfassenden, täglich aktualisierten Überblick über Fördermaßnahmen der Kommunen, aber auch der Kirchen, und seit neuestem auch der Arbeitgeber, informieren.

Zielgruppe des Internetportals sind junge Familien mit mittlerem Familieneinkommen, die zudem auch oft weniger häufig als Familien mit hohem Einkommen auf großzügige finanzielle Unterstützung der Großelterngeneration zurückgreifen können.

Auch sollen weitere Kommunen dazu motiviert werden, jungen Familien den Weg zu Wohneigentum zu erleichtern. Sie erhalten einen Überblick und Ideen bezüglich Möglichkeiten, junge Familien „anzulocken“. „Wir versuchen der demographischen Entwicklung entgegenzutreten. Wir wollen, dass die Menschen im Ort bleiben und dass neue Familien dazukommen“ (Holger Kippenhahn, Bürgermeister von Heiligengrabe)

MAßNAHMEN

„Baugeld vom Bürgermeister“

Unter diesem Motto finden junge Familien einen bundesweiten, aktuellen Überblick über Förderangebote von derzeit 286 Städten und Gemeinden. Die Förderdatenbank ist übersichtlich nach Postleitzahlen sortiert, sodass Bauwillige nach familienfreundlichen Kommunen in der Umgebung ihres Wohnortes recherchieren können. Ein direkter Link führt zu der jeweiligen Stadtverwaltung. Außerdem können online detaillierte Informationen über die einzelnen Förderprogramme sowie den direkten Ansprechpartner abgefragt werden.

Besonders interessante Angebote werden unter der Rubrik „Best-Practice-Beispiele“ vorgestellt. Hier wird zum Beispiel das Programm der Stadt Haldensleben, die an Familien Baugrundstücke zum symbolischen Preis von einem Euro verkauft, vorgestellt. Oder die Gemeinde Burkhardtsdorf, die einer Familie gestaffelt

nach Kinderzahl bis zu 60% des Baugrundstückpreises auf kommunales Bauland erlässt. Weitere Beispiele sind Böblingen, wo Familien bis zu 49.000 Euro beim Erwerb städtischen Baulandes sparen, oder Stuttgart, wo die maximale Grundstücksverbilligung für eine Familie mit vier und mehr Kindern 60.000 Euro beträgt.

Ebenfalls recherchiert hat die „Aktion pro Eigenheim“ die Programme der Bundesländer, die übersichtlich sortiert nach Bundesland bequem abgerufen werden können.

„Baugeld vom Pfarrer“

Unter dem Motto „Baugeld vom Pfarrer“ präsentiert „Aktion pro Eigenheim“ die Förderprogramme der katholischen und evangelischen Kirche. Sie wollen durch Förderung einer breit gestreuten Vermögensbildung in Form von Wohneigentum einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft leisten. Von den 23 evangelischen Landeskirchen und den 27 Diözesen der katholischen Kirche unterstützen jeweils 20 den Eigentumserwerb von Familien. Einen systematischen Überblick über diese Art der Familienförderung gab es bislang nicht, sie war weitgehend unentdeckt. Das bevorzugte Förderinstrument beider großer Kirchen ist die Vergabe von Erbbaurechten, wie zum Beispiel in der Diözese Freiburg: Die Erzdiözese berechnet für ihre Grundstücke 4% des Verkehrswertes als Erbbauzins. Für jedes minderjährige Kind verringert sich der Zins in den ersten sieben Jahren um 20%, maximal um 80%. Bei einem Grundstückswert von 100.000 Euro beträgt die Belastung für eine Familie mit zwei Kindern 2.400 Euro jährlich. Die Ersparnis gegenüber dem Grundstückskauf summiert sich in sieben Jahren auf 25.200 Euro.

Sieben katholische Bistümer vergeben zinsgünstige oder sogar zinslose Darlehen an bauwillige Familien. Beispiele sind das Erzbistum Köln (11.000 Euro zinsloses Darlehen) und das Bistum Paderborn (17.500 Euro zinsloses Darlehen).

„Baugeld vom Chef“

Eine zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit hat „Aktion pro Eigenheim“ speziell für Familien recherchiert, denen oft nur noch eine geringe Summe zum Eigenheimerwerb fehlt. Mit „Baugeld vom Chef“ in Form eines zinsgünstigen Arbeitgeberdarlehens kann eine Finanzierungslücke gefüllt werden. Für Arbeitnehmer ist diese Darlehensform besonders attraktiv, da der Zinssatz in der Regel sehr günstig ist – einige Arbeitgeber verzichten sogar auf eine Verzinsung. Auf dem Portal werden die Vorteile dieses Darlehens und was es dabei zu beachten gibt, insbesondere auch bei Anfragen an den Arbeitgeber, genau erläutert. Die

recherchierten Arbeitgeber wünschen nicht namentlich in die Datenbank aufgenommen zu werden, da sie befürchten, die hierdurch geweckten Bedarfe in der Masse nicht erfüllen zu können.

Fortbildungen für Kommunen

Um Kommunen an das Thema „Wohneigentumsförderung für Familien“, aber auch an das Thema „Intergenerationelles Wohnen“ heranzuführen und sie in der Entwicklung eigener Programme zu beraten, führt die „Aktion pro Eigenheim“ seit Sommer 2008 bundesweit Seminare durch, die lebhaft nachgefragt werden.

WIRKSAMKEIT UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVE

Dass die Einrichtung der Datenbank auf großes Interesse stößt, beweisen die kontinuierlich wachsenden Besucherzahlen des Portals, die sich von Mai 2007 (21.000 Besucher) bis Mai 2008 auf 43.000 Besucher erhöht hat (die Datenbank wurde im April 2007 online gestellt).

Zahlreiche Tageszeitungen, Wochenzeitschriften, Onlineportale sowie Magazine haben das Thema „Baugeld vom Bürgermeister“ aufgegriffen und über das Portal der „Aktion pro Eigenheim“ berichtet. Unter anderem berichtete die ARD in ihrem „Ratgeber Bauen & Wohnen“ über das Portal, ebenso die Zeitschriften Capital, Stiftung Finanztest (Link des Monats) sowie FOCUS online. Dadurch wurden viele Familien auf die zusätzlichen Förderangebote der Kommunen aufmerksam. Die positive Berichterstattung bewirkte auch, dass sich zahlreiche Gemeinden bei „Aktion pro Eigenheim“ meldeten und um Aufnahme ihrer Förderprogramme baten.

LITERATUR

focus-online: Familienförderung – Baugeld vom Bürgermeister, 14.07.2007. <http://www.focus.de/immobilien/bauen>

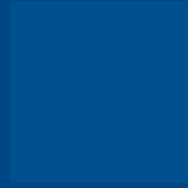
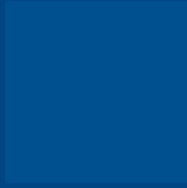
Stiftung Warentest, Finanztest Link des Monats: Das Internetportal der Aktion Eigenheim, Finanztest 06/07

Kontakt:

Hans Dietmar Schneider
Aktion pro Eigenheim
c/o marketeam creativ GmbH
Rosenstraße 18
76530 Baden- Baden

Telefon: 07221 969800

E-Mail: email@aktion-pro-eigenheim.de
www.aktion-pro-eigenheim.de



LITERATUR

Autorengruppe Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: *Bildung in Deutschland 2008: Ein indikatorgestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I*. Bielefeld: Bertelsmann Verlag, 2008.

Amaryllis: *Das selbst verwaltete Wohnprojekt von Alt und Jung*. <http://www.amaryllis-bonn.de>

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: *Gesundheit und Integration: Ein Handbuch für Modelle guter Praxis*. 2. überarbeitete Auflage. Berlin: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2007.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): *Ungenutzte Potenziale – Zur Lage der Integration in Deutschland*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2009.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2007.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *Berufsbildungsbericht 2007*. Bonn; Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2007.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *Berufsbildungsbericht 2008*. Bonn; Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2008.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: *IN FORM, Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und Bewegung*. Berlin: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 2008. <http://www.bvpraevention.de>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ aus ökonomischer Sicht*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslange Familienpolitik*. Siebter Familienbericht. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2006.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): *Familienmonitor 2008. Repräsentative Befragung zum Familienleben und zur Familienpolitik*. Institut für Demoskopie Allensbach, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2008.

Caritasverband für die Stadt Bonn e.V. (Hrsg.): *Projektbeschreibung Fahrradbude und Radstation*. Bonn: Caritasverband für die Stadt Bonn e.V., 2008.

Carl Bertelsmann-Preis
<http://www.bertelsmann-stiftung.de>

Das Hamburger Hauptschulmodell
<http://www.rechtsanwaltskammerhamburg.de>

Degussa AG / Industrie- und Handelskammer (IHK) (Hrsg.): *Kontinuierliche Praxistage - Einstieg in die Arbeitswelt*. Mülheim, 2004.

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (Hrsg.): *Zeit ist Leben. Manifest der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik*. Berlin, 2005.

Deutsches Jugendinstitut, München (Hrsg.): *Lokale Zeitpolitik. Eine Auswahl wissenschaftlich-praktischer Expertise sowie von Praxisbeispielen*. Zusammengestellt von Martina Heitkötter. München, 2004.

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung DKJS (Hrsg.): *O. Camp „Fit für die 9te“*. Berlin, 2007.

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung DKJS (Hrsg.): *Hintergrundinformation zum Sommercamp futOUR und futOUR +*. Berlin, 2008.

Deutsche Sporthochschule Köln: *Fit fürs Leben?*
In: *Deutsches Ärzteblatt*, 105 (46) 2008, S. 793-800.

Eichert, Christof/Lohre, Wilfried: *Kommunale Verantwortung für Bildungsfragen*. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2006. S. 148-151. (Schriftenreihe; 607).

„Empfehlungen des Deutschen Vereins.“ In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen*. Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 2006. S. 145-158. (Hand- und Arbeitsbücher/Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; 14).

Europäische Kommission – GD Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit: *Peer Reviews zu Sozialschutz und sozialer Eingliederung sowie Bewertung im Bereich soziale Eingliederung*. <http://www.peer-review-social-inclusion.eu/peer-reviews/2006/sure-start>.

Europäische Union/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Lokale Bündnisse für Familien: *Stadt Hanau*. Hanau: Stadt Hanau, 2005.

Europäische Union/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Lokale Bündnisse für Familien: *Familien-gerechtes Hanau. Auswertung der Befragung zum Thema „Sprechzeiten und familienfreundliche Angebote in Arztpraxen der Stadt Hanau“*. Hanau: Stadt Hanau, 2005.

Familienfreundliche Öffnungszeiten Hanauer Arzt- Zahnarztpraxen, von Hanauer Handwerksbetrieben, der Stadtverwaltung Hanau. Hanau: Stadt Hanau, 2006.
<http://www.hanau.de>

- focus-online: Familienförderung- Baugeld vom Bürgermeister, 14.07.2007.
- Forsa: Lebensgefühl von Eltern. Repräsentativbefragung für Gruner + Jahr AG & Co KG Redaktion ELTERN. Berlin: Forsa, 2008.
- Frauenbüro der Stadt Hanau: Projektskizze: Innovationspilot Balance. Beruhend auf fachlich-wissenschaftlicher Beratung durch das Deutsche Jugendinstitut München. Stadt Hanau, Hanau, 2004.
- Gerlach, Irene/Juncke, David: Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Unternehmen und Kommunen als familienpolitische Akteure. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen. Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 2006. S. 203-213. (Hand- und Arbeitsbücher/Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; 14).
- Gauger, Jörg-Dieter/Wilske, Hermann (Hrsg.): Bildungs-offensive Musikunterricht. Freiburg i.Br.: Rombach Verlag KG, 2007.
- Gerlach, Julia: Zwischen Pop und Dschihad, Muslimische Jugendliche in Deutschland. Berlin: Christoph Luits Verlag, 2006.
- Gerull, Susanne/Deutsche Kinder- und Jugendstiftung DKJS (Hrsg.): Evaluation des Sommercamps im Rahmen von futOUR 2007 (Endbericht). Berlin, 2007.
- Grundschule und Musik-Hauptschule (Hrsg.): Jahresbericht Schuljahr 2007/2008. Volksschule Ruhstorf a. d. Rott.
- Hamburgs Netzwerk der Initiative für Beschäftigung <http://www.initiative-fuer-beschaeftigung.de>
- Henry-Huthmacher, Christine/Hoffmann, Elisabeth: Familienreport. Lebenssituationen von Familien in Deutschland. Best-Practice-Modelle zur Stärkung von Kindern und Eltern. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006.
- Hoffmann, Elisabeth: Kinder, Kinder ... Was sich in den Kommunen tut. Best-Practice-Modelle für die Stärkung von Kindern und Familie. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006.
- Hoghugh, Masud: Parenting – An Introduction. In: Handbook of Parenting, Masud Hoghugh, Nicholas Long (Hrsg.). London: Sage, 2004. S. 1-19.
- Hoghugh, Masud/Long, Nicholas: Handbook of Parenting, Theory and Research for Practice, Sage, London, 2004.
- Jordan, Erwin/Hensen, Gregor: Kommunale Familienpolitik. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen. Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 2006. S. 60-70. (Hand- und Arbeitsbücher/Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; 14).
- Kammerer, Bernd (Hrsg.): Kampagne Erziehung: Ein Modellprojekt. Neue Produkte, Konzepte und Vernetzungsstrategien. Abschlussdokumentation. Nürnberg: emwe-Verlag Nürnberg, 2004.
- KIDsmiling (Hrsg.): Offenes Fußballtraining auf öffentlichen Bolzplätzen. Köln, 2007.
- KIDsmiling (Hrsg.): „Komm Bolzen“ 2007/2008. Köln, 2007.
- Klein, Alexandra: Kommunale Familienpolitik. In: Online-Familienhandbuch des Staatsinstituts für Frühpädagogik (IFP). <http://www.familienhandbuch.de>
- Kollegium der Weißfrauenschule Frankfurt am Main (Hrsg.): Weißfrauenschule, Sprachheilschule – Modell zur Verbesserung der Berufsreife. Frankfurt am Main, 2008.
- Landessportbund Hessen e.V.: „start – Sport als Brückenschlag zur Integration“. Hessisches Integrationsprojekt. www.deutscher-praeventionspreis.de
- Leser, Irene/Lenge, Markus/Deutsche Kinder- und Jugendstiftung DKJS (Hrsg.): Zusammenfassung der Evaluation des Alumnicamps futOUR +. Berlin, 2007.
- Merkle, Tanja/Wippermann, Carsten: Eltern unter Druck. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Socio-vision GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Hrsg. von Christine Henry-Huthmacher und Michael Borchard. Stuttgart: Lucius & Lucius, 2008.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (Hrsg.): Neue Wohnprojekte für ältere Menschen. Gemeinschaftliches Wohnen. Beispiele und Wege der Umsetzung. Düsseldorf, 2006.
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Memorandum für familiengerechte Kommunen. Düsseldorf, 2008
- Müller-Burhop, Mareike: Elternwünsche. Eine empirische Studie über Wünsche und Vorstellungen junger Eltern und daraus folgende Konsequenzen für Politik und Gesellschaft. In: Busch, Friedrich W./Huinink, Johannes H./Nauck, Bernhard/Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.): Familie und Gesellschaft, Band 1. Würzburg: Ergon-Verlag, 2008.
- Mückenberger, Ulrich: Was ist und wozu brauchen wir Zeitpolitik? Einleitungsvortrag zur Jahrestagung 2007 der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik: „Zeitpolitik für Lebensqualität“. München, 26.10.2007.
- Museum für Angewandte Kunst Köln: In deutschen Reihenhäusern, Fotoausstellung. Köln, 09.01-01.03.2009.
- Nestlé Deutschland AG: Nestlé Studie 2009: Ernährung in Deutschland 2008. Frankfurt a. M., 2009.
- Otto-Lilienthal-Realschule „Haus des Lernens“ <http://www.lilienthal.kbs-koeln.de>
- Papies-Winkler, Ingrid: Kinderbeteiligung für eine gesunde und zukunftsfähige Stadt – „Kiezdetektive“. In: Borde, Theda/David, Matthias (Hrsg.): Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Lebenswelten, Gesundheit und Krankheit. Berlin: Mabuse-Verlag, 2005. S. 227-233.
- Projekt „Familiengerechtes Hanau“ – eine Stadt baut Zeitbrücken zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Projektbericht. Hanau: Stadt Hanau, 2007. <http://www.hanau.de>
- Robert Koch-Institut: Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS). In: Bundesgesundheitsblatt, Mai/Juni (2007). Berlin, 2007.
- Rupp, Marina: Beratungsbedarf und Informationsstrategien im Erziehungsalltag. Die Nürnberger Elternbefragung und die Konsequenzen für die Familienbildung, in Kammerer, Bernd (Hrsg.): Kampagne Erziehung: Ein Modellprojekt. Neue Produkte, Konzepte und Vernetzungsstrategien. Abschlussdokumentation. Nürnberg: emwe-Verlag Nürnberg, 2004.

Schmidt, Nora/Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik, Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen*. Berlin, 2006.

Schmiese, Wulf: *Jede Menge Omas*. In: *Emsdetten wollen Junge und Alte zusammenziehen*. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 04.06.2006, Nr. 22.

Schimke, Hans-Jürgen: *Grüne Kommunalpolitik für die Zukunft. Die kinderfreundliche Kommune braucht die Unterstützung von Staat und Gesellschaft*. In: *Alternative Kommunalpolitik*, (2006) 4, S. 28-29.

Sterzing, Dorit: *Kommunales Handlungskonzept „Unterstützung für Alleinerziehende“ – Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe*. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen*. Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 2006. S. 213-231.

Stadt Hanau: *Lokale Bündnisse für Familien in Hanau*. Hanau: Stadt Hanau, 2005.

Stadt Münster (Hrsg.): *Brücke zum Beruf – ein erfolgreiches Konzept stellt sich vor*. Münster: Stadt Münster Initiative für Beschäftigung. Münster: Stadt Münster, 2005.

Stiftung Warentest, Finanztest Link des Monats: *Das Internetportal der Aktion Eigenheim, Finanztest 06/07*

Universität Hamburg, *Evaluation der Schulen des Lern-Werks*, 2003. <http://www.lernwerk-hh.de>

Verband deutscher Musikschulen e.V.: *Presseberichte, Beratung, Informationen über Musikschulen mit Focus auf Kinder aus bildungsfernen Familien*. Bonn: Verband deutscher Musikschulen, 2008.

Verband deutscher Musikschulen e.V. (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch der Musikschulen in Deutschland*. Bonn: Verband deutscher Musikschulen, 2007.

WDR 4: *Amaryllis. Das Mehrgenerationen-Projekt*, WDR 4, 19.04.2008. <http://www.amaryllis-bonn.de>

Westdeutscher Handwerkskammertag, *mit Unterstützung der Europäischen Union und des Landes NRW (Hrsg.): Initiative für Berufsorientierung. Konfliktfähigkeit fördern - Ausbildungsabbrüche vermeiden: Anregungen für Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs*. Düsseldorf, 2007.

Westdeutscher Handwerkskammertag (Hrsg.): *Gründe für Ausbildungsabbrüche. Ergebnisse einer repräsentativen EMNID-Befragung von Jugendlichen, Ausbildern und Berufskolleglehrern*. Düsseldorf, 2005.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, *Plan- und Leitstelle Gesundheit Friedrichshain-Kreuzberg: Projekt Kiezdetektive - Abschlussbericht zur Beratung zur partizipativen Qualitätsentwicklung und -sicherung*. Berlin, 2008.

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, *Plan- und Leitstelle Gesundheit Friedrichshain-Kreuzberg: Kiezdetektive: Projektdokumentation 2004 – Multiplikatorenleitfaden*. Berlin, 2004.

Wohngemeinschaft Hof-Eiche-24: *Hof-Eiche-24 Generationsübergreifendes Wohnprojekt*. Emsdetten, 2008. <http://www.hof-eiche-24.de/>

Wüst, Jürgen: *Der Kommunale Familien-Tisch*. In: Schmidt, Nora (Hrsg.): *Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen*. Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 2006. S. 128-134. (*Hand- und Arbeitsbücher / Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge*; 14).

Zarius, Karl-Heinz, Thomanek, Georg, Sommerbild, Jörg (Hrsg.): *Monheimer Modell Musikschule für Alle!: Strukturkonzept, Unterrichtsmaterial, Planungshilfen*. Monheim: Stadt Monheim, 2008.

Zeitbüro in Bremen *Vege sack*
www.zeiten-der-stadt.de

Zeit-Stiftung/Bucerius, Ebelin und Gerd: *Bucerius Lern- Werk, Engagement für Schüler an Haupt-, Gesamt-, Regional- und Sekundarschulen*. Hamburg: Zeit-Stiftung/Bucerius, Ebelin und Gerd, 2006.
<http://www.lernwerk-hh.de/>

DIE AUTORIN

Elisabeth Hoffmann ist Projektbeauftragte für Frauen und Familie im Team Gesellschaftspolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung.

Nach dem 2. Staatsexamen (Lehramt Sek. II) arbeitete sie mehrere Jahre am Christophorusgymnasium für Hochbegabte in Königswinter, danach als Referentin im familien- und bildungspolitischen Bereich. Wesentliche Impulse für ihre jetzige Tätigkeit erhielt sie als Leiterin des EU-Projektes „Fighting Social Exclusion of Families“.

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: 02241/246-0
Telefax: 02241/246-2591

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: 030/26996-0
Telefax: 030/26996-3261
E-Mail: redaktion@kas.de

Redaktion

Elisabeth Hoffmann

Gestaltung

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Sutorius Printmedien GmbH, Köln

Bildnachweis

Konrad-Adenauer-Stiftung, fotolia,
Fotos mit freundlicher Genehmigung
der jeweiligen Projektleitungen

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung
der Daimler AG.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin

www.kas.de

